Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Ausgabe 9
51. Jahrgang / 2015

Postvertriebsstück 82706 | Einzelpreis 7,50 EUR

© Kulturprojekte Berlin / Foto: Hamish Appleby

Bernhard Vogel: Zeit der Teilung nicht vergessen

Peter Schmalz: Historische Momente 1990

Müller-Vogg: Medien und die Wahrheit

Ulrich Netzer: Macht Sparen noch Sinn?

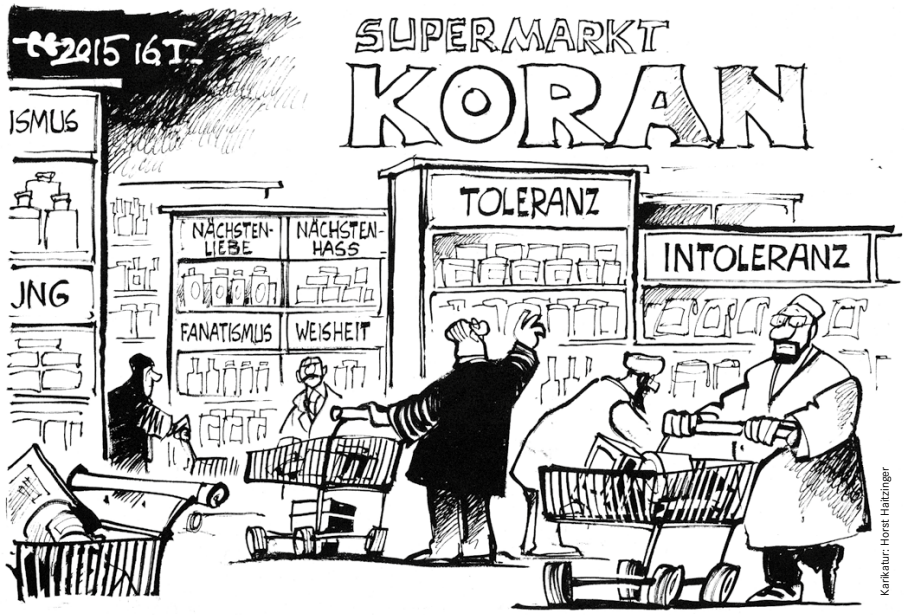
Johannes Friedrich: Schwert und Sünde

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Zum Glück!

Alle Bedingungen sind perfekte Bedingungen. Der neue Audi A6 Avant mit wegweisender quattro Technologie für mehr Präzision und Dynamik. Willkommen in der Welt von quattro. Mehr unter audi.de/quattro

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert 7,8–4,4;
CO_2-Emissionen in g/km: kombiniert 182–114.

Audi
Vorsprung durch Technik



Freude und Sorge

Vor 25 Jahren wuchs in Deutschland zusammen, was zusammen gehört. Die kommunistische Diktatur des Proletariats war – nicht nur in der DDR – gescheitert, 1990 wurde zum Jahr der Einheit. Es ist gut, wieder an die Mühen auf diesem Weg dahin zu erinnern. An den Widerstand in London, Paris, Rom und Moskau. Kanzler Kohl, anfangs nur unterstützt von US-Präsident George Bush senior, gelang das Meisterstück, die Zweifler bis zur Jahresmitte umzustimmen und den 3. Oktober als Tag der Einheit fest im Kalander der deutschen Geschichte zu verankern. Wir erinnern mit zwei großen Beiträgen an dieses historische Jahr: Durch das Interview mit Bernhard Vogel, dem einzigen deutschen Ministerpräsidenten in West (Rheinland-Pfalz) und Ost (Thüringen). Und mit zwölf Monats-Mosaiken von Januar bis Dezember.

Doch in die Freude am Erinnern mischt sich die Angst vor dem Kommenden. Der Staat möge seine Bürger schützen vor Umweltschäden und vor Seuchen, doch mit 94 Prozent an erster Stelle steht in Bayern der Wunsch, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Das ergab eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Freistaat. Die Meinungsforscher waren kurz nach dem Pariser Attentat unterwegs, was die Sorge vor unerwartet Bösem gesteigert haben mag. Doch fast alle Terror- und Sicherheitsexperten sind sich einig: Auch in Deutschland wird es Anschläge geben, nur der Zeitpunkt ist ungewiss. Die Sorge ist also berechtigt.

Wer aber droht mit brutalem Mord Unschuldiger? Es sind keine politischen Hasardeure, keine Mafia- oder Drogenbanden. Es sind Krieger aus dem Umfeld einer Religion, mit Heilsversprechen zu ihren blutigen Taten animiert. Sie werden Islamisten genannt, aber auch von fanatischen Imamen in ihrem Wahn bestärkt, den Islam zu verteidigen und als Selbstmordbomber 72 Jungfrauen in die Arme zu fallen. Es stimmt: Die große Mehrzahl der bei uns lebenden Muslime ist so friedlich wie Christen, Juden und alle anderen Mitbürger. Es stimmt aber auch, dass im Namen Allahs weltweit blutiger Terror geschieht, der auch uns bedroht. Hier steht eine Religion in der Pflicht, ihre inneren Widersprüche zum eigenen und zum Segen der Welt zu klären. Und wir alle stehen in der Pflicht, im gesellschaftlichen und interreligiösen Dialog dabei zu helfen, soweit es in unserer Macht steht.

Peter Schmalz
Chefredakteur

Seite 1:
Über eine Million Menschen feierten am 9. November vergangenen Jahres gemeinsam das Jubiläum „25 Jahre Mauerfall“ in Berlin. Zu den Highlights des Jahrestags der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls gehörten eine Lichterkette entlang der ehemaligen Mauer, Beethovens Ode an die Freude und ein Feuerwerk am Brandenburger Tor.

AKTUELLES

Vorwort 3

Kurz gemeldet 32

Buchbesprechungen 38

Veranstaltungsvorschau 2015 39

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Peutinger-Gespräch mit Bernhard Vogel
Zeit der Teilung nicht vergessen 5

Peter Schmalz
Historische Momente 10

Hugo Müller-Vogg
Mediale Aufstiegshilfe 16

Peutinger-Gespräch mit Ulrich Netzer, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes
Macht Sparen Sinn? 18

Bier mit Krone
Drei Fragen an Hofbräu-Chef Dr. Michael Möller 21

Energiekonferenz: Energie – unsere gemeinsame Verantwortung 22

KULTUR

Manfred Werner
Versöhnende Macht der Kunst 24

Klaus Zierer
Auf die Lehrer kommt es an 26

Johannes Friedrich
Schwert und Sünde 28

Peter Schmalz
Drei „heilige Könige“ aus dem Bayernland 31

Kurz gemeldet 32

Rokoko-Wunder in der Münchner Kunsthalle
Schwerelos 33

PEUTINGER-COLLEGIUM

Mitgliederversammlung 34

Junge Peutinger: Neue Netzwerke 34

Junge Peutinger: Kunst am Kaffee 35

Neue Peutinger-Mitglieder 35

Veranstaltungen des Peutinger-Collegiums:

Helga Rabl-Stadler 36

Christian Blümelhuber 36

Energiekonferenz 36

Buchbesprechungen 38

Veranstaltungsvorschau 2015 39

Zeit der Teilung nicht vergessen

Bernhard Vogel, einst Ministerpräsident in Thüringen, im *Peutinger*-Gespräch

Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen von 1992 bis 2003.

© picture alliance/Jazz Archiv/Ulli Glockmann

25 Jahre Deutsche Einheit: Bernhard Vogel hat als Ministerpräsident des Freistaats Thüringen (1992 – 2003) den Prozess zur staatliche Gemeinsamkeit an vorderster Front mitgestaltet. Im Gespräch mit Peter Schmalz analysiert der CDU-Politiker Erfolge und Versäumnisse: Hätte man die SED verbieten müssen? War die Justiz mit DDR-Tätern zu gnädig? Wird Deutschlands Osten immer röter? →

Ein besonders hässlicher Verrat: Der Stasi-Informant Knud Wollenberger bespitzelte als IM „Donald“ seine Familie und berichtete sogar über Gespräch im Ehebett mit seiner Frau Vera. Die Bürgerrechtlerin wurde ausgewiesen und entdeckte nach der Rückkehr den Verrat. Unter ihrem Mädchennamen Lengsfeld wurde sie CDU-Politikerin, heute engagiert sie sich an der Aufarbeitung des DDR-Unrechts.

Der Peutinger: In diesem Jahr feiern wir 25 Jahre Deutsche Einheit. Was Ist zusammengewachsen, was trennt uns heute noch?

Bernhard Vogel: Deutschland ist wieder ein Vaterland, ist wieder eine Einheit. Aber auch nach 25 Jahren bleibt, dass ein Großteil der Menschen, die älter als 30 Jahre sind, in sehr unterschiedlichen Systemen gelebt haben und deshalb in diese Einheit sehr unterschiedliche Erfahrungen und Lebenswirklichkeiten mitgebracht haben.

Die trennen heute noch?

Die trennen nicht, aber unterscheiden.

Kann es nach 40 Jahren kommunistischer Misswirtschaft auf der einen und einem Wirtschaftswunder auf der andere Seite jemals gleiche Lebensverhältnisse geben?

Für die Generation, die nach 1989 Abitur gemacht hat, ist das ganz selbstverständlich. Das kann man an jeder deutschen Universität und in vielen Industriebetrieben beobachten. Aber für die, die Jahrzehnte ihres Lebens nicht nur unter verschiedenen Gesellschaftssystemen, sondern unter weitgehend unterschiedlichen Lebensbedingungen gelebt haben, werden Unterschiede bleiben.

Liegt darin auch der Grund dafür, dass die Menschen im Osten unzufriedener sind als die im Westen?

Ich bin mit der Formulierung „die Menschen“ nicht einverstanden. Ich akzeptiere, dass es im Osten mehr unzufriedene Menschen als im Westen gibt und begründe das damit, dass der Schock, der durch die Veränderungen ausgelöst worden ist, andere Spuren hinterlassen hat, als die Erlebniswelt des langsamen und schrittweisen Aufbaus in der Bundesrepublik nach 1949.

Sie sind der einzige Ministerpräsident, der dieses Amt in West und Ost inne hatte. Worin lagen die größten Unterschiede in Ihren beiden Ämtern?

In der Tatsache, dass ich in Rheinland-Pfalz in die Verantwortung als Ministerpräsident kam, als das Land, durch meine beiden Vorgänger Peter Altmeier und Helmut Kohl einigermaßen konsolidiert, ein Land unter den westdeutschen Ländern war. Während ich in Thüringen in eine Situation kam, in der sich Peter Altmeier 1946 befunden hatte. Das Land gab es ja seit 1952 nicht mehr. Man musste also nicht nur reformieren, sondern man musste neu aufbauen.

Für einen Politiker doch eine wunderbare Herausforderung.

In der Tat. Nur hatte ich bis dato gemeint, man müsse die schwierigsten Hürden früher nehmen, um es später leichter zu haben. Meine Lebenserfahrung ist umgekehrt.

Aber auch eine glückliche Erfahrung.

Alles in allem eine Erfahrung, für die ich sehr dankbar bin. Glück heißt nicht, dass man zu jeder Stunde glücklich ist, aber dass man am Ende befriedigt sein darf, eine Aufgabe dieses Ausmaßes anvertraut bekommen zu haben.

Haben Sie Misstrauen gegenüber dem Mann aus dem Westen verspürt?

Ich habe sehr wohl gespürt, dass manchen Helfern aus dem Westen auch Misstrauen und Zweifel entgegen gebracht wurden. Ich persönlich habe mich allerdings davon nie betroffen gefühlt. Ich bin von Anfang an mit einer Offenheit empfangen worden, wie ich das als „Landesfremder“ nicht erwartet hatte.

Wie landesfremd sind Sie heute in Thüringen.

Heute kenne ich Thüringen mindestens so gut wie Rheinland-Pfalz ...

... wo es den bessern Wein gibt.

Es gibt in Rheinland-Pfalz den besseren Wein, aber in Thüringen das bessere Bier, es gibt in der Pfalz den Saumagen, aber in Thüringen die bessere Bratwurst.

Vor 25 Jahren ist in den jungen Ländern, wie Sie gerne sagen, das Parteiensystem erst wieder neu entstanden. SPD-Politiker, auch Ihr Bruder, werfen der CDU vor, sie habe die Blockparteien einfach geschluckt. Trifft Sie dieser Vorwurf als CDU-Politiker?

Zunächst jung und nicht neu, denn die Länder der ehemaligen DDR sind wesentlich älter als die nach 1945 entstandenen Bindestrichländer wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Aber zu Ihrer eigentlichen Frage. Davon, dass Blockparteien geschluckt worden wären, kann keine Rede sein. Es ist allerdings richtig, dass es leichter war, an die Blockparteien anzuknüpfen als an die SED, und dass es leichter war bei der Ost-CDU zu unterscheiden zwischen der völlig gleichgeschalteten zentralen Führung in Berlin und der Situation vor Ort. Ich habe in Gemeinden und Städten sehr viele Menschen kennengelernt,

Die Geräte waren simpel, die Kontrolle war perfekt: Ein Überwachungsraum der DDR-Staatssicherheit.

Foto: TSK / Jens-Ulrich Koch

Ein CDU-Trio, das die Geschicke Thüringens 22 Jahre lang lenkte: Die Ministerpräsidenten Christine Lieberknecht, Bernhard Vogel und Dieter Althaus.

die, um der SED-Mitgliedschaft zu entgehen und trotzdem ihrem Sohn oder ihrer Tochter einen Studienplatz zu ermöglichen, in die CDU eingetreten sind. Ich habe auch erlebt, dass es oppositionellen Geist in der CDU gegeben hat. Und ich habe immer darauf geachtet, kritisch zu unterscheiden zwischen denen, die mitschuldig geworden sind, und denen, die in der Blockpartei ein wenig Schutz vor der SED gesucht haben.

Gerne wird auch übersehen, dass die SPD keine Chance hatte, eine Blockpartei zu übernehmen.

Weil sie 1946 teils gezwungen, aber auch teils freiwillig der Vereinigung mit der KPD zugestimmt hat. Und in der Tat hat sich die SPD nach dem Zusammenbruch der DDR schwerer getan, wieder ein flächendeckendes Netz an Mitgliedern und Organisationsstruktur aufzubauen. Das ist richtig. Es ist aber auch richtig, dass die SED, die eine beherrschende Staatspartei war, die Verfassungsrang besaß, während die Blockparteien nur eine nebensächliche Satellitenrolle spielten.

Hätte es mit einem SPD-Bundeskanzler Oskar Lafontaine die Wiedervereinigung gegeben?

So sicher nicht. Herr Lafontaine, aber übrigens auch Herr Schröder, damals beide Ministerpräsidenten deutscher Länder, haben ja über Monate auch nach dem Fall der Mauer die Wiedervereinigung infrage gestellt. Sie hätten sie auch auf der Position des Bundeskanzlers nicht verwirklicht. Der Drang der Ostdeutschen, zur Wiedervereinigung zu kommen, wäre aber so stark gewesen, dass es trotz Lafontaine oder Schröder zu einer Wiedervereinigung gekommen wäre. Ob wir aber solange Zeit gehabt hätten – ich erinnere nur an den Sturz von Gorbatschow durch Jelzin und andere Vorgänge im der damaligen Sowjetunion –, das versehe ich mit einem dicken Fragezeichen.

Es war ein historisches Fenster, das nur für einen Moment offenstand.

Es war – und so etwas gibt es in der Geschichte gelegentlich – ein ganz kurzer Augenblick, in dem die Chance bestand. Und es ist Helmut Kohls großes Verdienst, diese Chance genutzt zu haben.

Wäre es notwendig gewesen, nach der Wende die SED zu verbieten?

Es wäre für uns manches leichter gekommen, wenn man, wie auch in anderen Fällen, Parteien, die Diktaturen getragen haben, danach verboten hätte. Doch trotz aller Mühe, die wir über 25 Jahre mit der Nachfolgepartei, zunächst mit der PDS und dann mit der Linken, hatten, bejahe ich, dass es nicht zu einem Verbot kam und dass wir die Auseinandersetzung gesucht haben.

Eigentlich wollte sich die SED auf einem Parteitag im Dezember 1989 selbst auflösen. Da war es Gregor Gysi, der dies mit dem Hinweis verhinderte, dann wäre auch das große Vermögen der Partei verloren. Man hat sich dann in PDS-SED umbenannt und wenige Monate später das diktaturbelastete SED-Kürzel verschwinden lassen.

Es ist gut, dass Sie an die Person Gregor Gysi in diesem Zusammenhang erinnern. Er hat in der Tat in der SED entscheidend dazu beigetragen, auch aus finanziellen Gründen, den Weg der Auflösung und Neugründung nicht zu gehen. Im Übrigen sei nochmals darauf hingewiesen: Die CDU Deutschland hat von Anfang an auf jede materielle Übernahme aus der Block-CDU verzichtet.

Wobei bis heute nicht völlig geklärt ist, wo das Milliarden-Vermögen der SED verschwunden ist.

Das ist nicht völlig geklärt, doch die Verdachtsmomente sind sehr deutlich, denn die Nachfolger verfügen ganz offensichtlich über eine gut gefüllte Kasse.

Was hätten Sie vor 20 Jahren einem jungen Referenten gesagt, der Ihnen prophezeit hätte: 2014 wird ein PDS-Politiker auf Ihrem Regierungsstuhl in Thüringen sitzen?

Ich hätte ihm heftig widersprochen.

Und warum kam es nun trotzdem?

Einmal, weil es die Sozialdemokraten ermöglicht →

Ein Meisterwerk gelang dem ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth im thüringischen Jena: Als Vorstandschef baute er das alte DDR-Kombinat Zeiss-Jena um und legte damit den Grundstein für den heutigen Erfolg der Universitätsstadt.

Nach der Wende wurden 9 große „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ beschlossen. Sie sollten die marode DDR-Infrastruktur verbessern. Projekt Nr. 8 ist die Hochgeschwindigkeitsstrecke von Nürnberg über Erfurt und Leipzig nach Berlin. Sie soll Ende 2017 fertig gestellt sein und die Fahrtzeit von München nach Berlin von sechs auf gut vier Stunden verkürzen.

haben. Was übrigens nach den Wahlergebnissen schon 1994 und 2009 möglich gewesen wäre. Dass sie aber jetzt ein solches Bündnis eingingen, war in der Tat vor Jahrzehnten nicht vorauszusehen. Und zum anderen, wie meist, weil nicht nur andere eine Mehrheit haben, sondern auch, weil meine eigene Partei gelegentlich Fehler gemacht hat.

Ist das ein einmaliger Schritt der SPD, oder könnte aus dem Erfurter Modell mehr entstehen?
Ich fürchte, daraus kann mehr entstehen, denn wie es gegenwärtig aussieht, wird Herr Ramelow alles tun, um mit leisen Sohlen voranzuschreiten und mit viel Kreide in der Stimme zu argumentieren. Weil sein eigentliches Ziel nicht Thüringen ist, sondern Berlin 2017.

Sie erwarten also, dass die SPD 2017 bei einem entsprechenden Wahlergebnis mit den Linken eine Koalition bildet?
Ich formuliere vorsichtiger: Ich schließe nicht aus, dass ein Herr Ramelow erreicht, dass man von Seiten der SPD 2017 eine Thüringer Koalition in Erwägung zieht.

Was bedeutet das für die SPD?
Dass sie in der Gefahr ist, nicht größer zu werden, sondern sich kleiner zu machen. Doch ich wünsche mir, dass die SPD den Gedanken, wie man wieder den Kanzler stellen kann, hinter die Frage zurückstellt, wie man eine Regierung unterstützt, die unsere Zukunft sichert.

Thüringen hat gezeigt: Der Osten färbt sich rot. Mit Berlin regieren in vier von sechs Ländern rote Landeschefs, bald könnte Stanislav Tillich in Sachsen der einzige CDU-Regierungschef sein. Verändert sich die Republik?
Zunächst Einspruch: Wer die Parteiengeschichte etwas länger verfolgt, der weiß, dass Thüringen und Sachsen zu den Hochburgen der Sozialdemokratie gehört haben, und dass es eine völlig ungewöhnliche und nur aus der Situation nach 1989 heraus zu begründende Sache war, dass viele christliche Demokraten in diesen Ländern länger oder kürzer regiert haben. Deshalb verändert sich bei aller Sorge um die aktuelle Entwicklung nicht gleich die ganze Republik.

In Thüringen wurde um das Wort „Unrechtstaat“ heftig gerungen. War die DDR ein Unrechtsstaat?
Selbstverständlich und ohne jede Einschränkung. Ein Staat, der an seine Grenzen Bewaffnete aufstellen muss, nicht um Eindringlinge abzuwehren, sondern um die eigene Bevölkerung an der Flucht zu hindern, ein Staat, der kein geordnetes Rechtssystem kennt, kein Verfassungsgericht, keine Arbeitsgerichte, ein Staat, der jeden Bürger überwachen lässt und durch die Stasi eine ständige Kontrolle ausübt, ein Staat, der keine Pressefreiheit kennt und der eine Partei zum Verfassungsrang erhebt, ein solcher Staat ist selbstverständlich kein Rechtsstaat. Das steht für mich außer jeder Frage.

Nun fühlen sich aber viele ehemalige DDR-Bürger durch den Begriff „Unrechtsstaat“ in ihrer Lebensleistung diffamiert.
Das wird gesagt, aber es scheint mir falsch zu sein. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Weil die Menschen versucht haben, in einem Unrechtsstaat ein anständiges Leben zu führen, hatten sie es besonders schwer und dürfen deswegen jetzt nicht mit dem Makel behaftet werden, sie hätten Unrecht getan. Der Staat war ein Unrechtsstaat, aber das heißt nicht, dass das Leben der Menschen im Alltag nur von Unrecht geprägt war.

Fröhliche Jugend mit Chancen, die ihren Eltern vom DDR-Staat verwehrt wurden: Junge Studentinnen in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt – mit der Heimat verbunden und in der Welt zuhause.

Hier konnte sich der Pfälzer Bernhard Vogel heimisch fühlen: Die Staatskanzlei in Erfurt wurde um 1719 als Sitz der kurmainzischen Statthalterei im Mainzer Barockstil erbaut. Erfurt gehört seit dem 8. Jahrhundert zum Bistum Mainz, erst 1802 wird es Preußen zugeordnet, die Statthalterei wird preußisches Gouvernementsgebäude, zu DDR-Zeiten war es Sitz des SED-abhängigen Rat des Kreises. 1992 zieht die Thüringer Staatskanzlei ein.

Die Justiz hat nur wenige Täter verurteilt. Das schmerzt Stasi-Opfer. Ein Versäumnis?

Darüber denke ich gelegentlich nach. Aber auch hier möchte ich sagen: Dass man mit dem Bestrafen sehr vorsichtig umgegangen ist, ehrt mehr, als dass es beschwert, denn ein Rechtsstaat soll Gnade vor Recht ergehen lassen und nicht Rache vor Recht. Ich füge einen etwas gewagten Satz hinzu: Wir freuen uns, dass diese Revolution unblutig war, und es ist eines der bemerkenswertesten Ereignisse, dass kein Schuss fiel und kein Tropfen Blut floss. Wenn man das wie ich uneingeschränkt begrüßt, dann muss man allerdings damit leben, dass nach einer friedlichen Revolution alle noch da sind. In Frankreich war das 1789 anders.

Für die Jugend ist die DDR ferne Geschichte. Hatten und haben wir im Osten die richtigen Lehrer, den Kindern das Leben ihrer Eltern zu erklären?

Zunächst ist die Geschichte der DDR für einen heute Zwanzigjährigen so weit weg wie für mich das Ende des Kaiserreiches. Trotzdem engagiere ich mich wo ich nur kann dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer, aber bitte auch Eltern, den Kindern die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ungeschminkt vermitteln.

War es nach der Wende nicht ein Problem, dass es fast nur Lehrer aus der DDR-Zeit gab?

Zunächst war die Hauptschwierigkeit, dass eine große Zahl von Lehrern Marxismus-Leninismus unterrichtet hatten, aber wenige Englisch vermitteln konnten. Es musste also schon von den Inhalten her eine wesentliche Umstellung erfolgen. Ich glaube aber, mit gewissen Einschränkungen kann man sagen: Die Liebe zum Lehrerberuf stand im Osten Deutschlands der im Westen keineswegs nach. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Qualität unsere Schulen in den Ländern der Bundesrepublik nach allen Untersuchungen, die wir kennen, sehr unterschiedlich entwickelt hat. Heute stehen meistens Sachsen und Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern an der Spitze. Also zwei ehemalige Ost- und zwei ehemalige Westländer. Und auf der anderen Seite stehen Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Deshalb bin ich durchaus erfreut über das Bildungssystem, das wir in Thüringen aufbauen konnten.

Jetzt haben Sie mich überrascht: Sie sprechen von Ostländern. In früheren Gesprächen haben Sie mich gerügt, wenn ich von Ländern im Osten gesprochen habe.

Ich habe von ehemaligen Ostländern gesprochen. Aber in der Tat: Ich weise immer wieder darauf hin, dass Erfurt westlich von München liegt, von Passau ganz zu schweigen.

Sorgt Sie die Abwanderung? Thüringen wird bald weniger als zwei Millionen Einwohner haben.

Die Wanderungsbewegungen sind zum Teil besorgniserregend, wobei immer wieder vergessen wird, welchen ungeheuren Aderlass es in der damaligen DDR schon vor dem Fall der Mauer gegeben hat. Aber Wanderungsbewegungen pflegen sich zu wandeln. Es gab auch Zeiten, da hat Nordrhein-Westfalen um nachgeborene bayerische Bauernsöhne geworben. „Der Sepp hilft dem Kumpel“, hieß es damals. Für Thüringen bin ich inzwischen allein wegen seiner geographischen Lage in der Mitte Deutschlands und der günstigen Verkehrsinfrastruktur, zum Beispiel mit der in Kürze fertiggestellten Hochgeschwindigkeitsstrecke von Berlin nach München über Erfurt der sicheren Überzeugung, dass sich das bald ändern wird. Schon heute halten sich Zu- und Wegzüge die Waage.

Mit Ihrem Wissen von heute: Was hätten Sie beim Start in Erfurt anders gemacht?

Wir haben mit Fug und Recht großen Wert gelegt auf den Aufbau eines leistungsfähigen Rechtssystems und einer leistungsfähigen Verwaltung, aber auch darauf, eine Deindustrialisierung zu verhindern. Wir haben vielleicht zu wenig die unterschiedlichen Lebenserfahrungen in beiden Teilen beachtet, um noch mehr zu tun, die Menschen, die über Jahrzehnte in einer Diktatur und davor in der noch schrecklicheren Nazi-Diktatur gelebt hatten, an die sehr veränderten Lebensbedingungen nach 1989 heranzuführen.

Und wenn wir 25 Jahre vorausschauen: Wie werden wir das 50. Jubiläum der Einheit feiern?

Ich werde sicher nicht mehr dabei sein. Meine Hoffnung aber ist, dass man die Zeit der Teilung Deutschlands dann nicht vergessen haben wird, sondern dass man sich erinnert an diese Zeit und auch an deren eigentliche Ursache: Nämlich was es für das eigene Land heißt, wenn ein Adolf Hitler mutwillig einen Weltkrieg vom Zaun bricht. ▲

Thüringen machte 2014 Jahr bundesweit Schlagzeilen: Am 5. Dezember wählte der Landtag in Erfurt den Linken-Politiker Bodo Ramelow zum ersten Ministerpräsidenten aus der ehemaligen DDR-Staatspartei. Die auf 12,4 Prozent abgestützte SPD und die Grünen (5,7) sind seine Koalitionspartner. Viele sehen darin einen Probelauf für die Bundestagswahl 2017.

Historische Momente

Vor 25 Jahren: Erinnerungen an das Jahr, in dem Deutschland wieder vereint wurde

Peter Schmalz

Am 3. Oktober feiert Deutschland in diesem Jahr das erfreulichste Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte: Die Wiedervereinigung nach über 40 Jahren gewaltsamer Teilung. 1990 war ein Jahr einzigartiger und historischer Ereignisse. Im März 1990 die erste und einzige freie Wahl zur DDR-Volkskammer, im Juli die Währungsunion, Ende August der Einigungsvertrag und Anfang September der Zwei-plus-Vier-Vertrag, der den Weg zur Einheit freiräumte, die am 3. Oktober vollzogen wurde. Als WELT-Redakteur war ich Augenzeuge und Berichterstatter. Ein Rückblick auf dieses geschichtsträchtige Jahr in zwölf Monats-Miniaturen.

Weißblaue Sachsen

Januar – Zu Weihnachten 1989 ist die Visumspflicht für Bundesbürger gefallen, am DDR-Grenzübergang gibt's einen Stempel in den Reisepass und meist ein verhalten-höfliches „Gute Fahrt". In der ersten Januarwoche treffe ich im vogtländischen Plauen Superintendenten Thomas Güttler

Als „Allianz für Deutschland" traten CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch im März 1990 gemeinsam zur ersten freien Wahl der DDR-Volkskammer an und gewannen die Mehrheit weit vor der SPD.

zum Gespräch. Er warnt vor der SED, die nach dem ersten Schock wieder ihre Kräfte sammele: „Sie ist reich und sie hat die Medien." Er bittet um Hilfe: „Unsere Parteien brauchen technische Hilfen, aber man sollte auch darüber nachdenken, wie personalmäßig geholfen werden kann." Das Interview ist noch nicht veröffentlich, da kommt der vertrauliche Hinweis: An Dreikönig wird in Leipzig die Ost-CSU gegründet. Zwei Dutzend Männer und Frauen finden sich am 6. Januar im katholischen Pfarrhaus St. Georg in Wiederitzsch nördlich der DDR-Messestadt ein. Pfarrer Martin Speck spricht von Einheit und sozialer Marktwirtschaft: „Ohne die Einheit bleiben wir das Armenhaus in Deutschland und das Versuchsgelände für Sozialisten." Und Hans-Wilhelm Ebeling, Pfarrer der Leipziger Thomas-Kirche, offenbart: „Mein Herz schlägt für die CSU." Doch als abends um sechs die Gründung der CSU für Sachsen und Thüringen beschlossen wird, hat er sich bereits zum Gottesdienst in seiner Kirche verabschiedet. Ist es Ahnung oder schon ein Fünkchen Wissen? CSU-Chef Theo Waigel scheut den Konflikt mit seinem mächtigen CDU-Kollegen Helmut Kohl und lässt die neuen Parteifreunde im Osten so lange bedrängen, bis sie zwei Wochen später im Leipziger Gasthaus „Goldene Krone" den auch für Christdemokraten akzeptablen drei Buchstaben DSU zustimmen. Thomas Ebeling wird ihr Chef, bei der ersten freien Wahl zur DDR-Volkskammer im März schafft sie beachtliche 6,3 Prozent, verschwindet aber bald nach internem Streit.

Geheiratet wird

Februar – Nach 40 Jahren SED-Diktatur wollen auch die Parteifunktionäre die mit Blut und Unfreiheit befleckten drei Buchstaben rasch loswerden. Schon im Dezember sollte ein Parteitag mit radikalem Schnitt die Vergangenheit vergessen machen, das belastete Alte auflösen und als „Partei des Demokratischen Sozialismus" frisch in die neue Zeit starten. Ein Mut, dem Gregor Gysi mit einem zutiefst kapitalistischen Hinweis den Schneid nimmt: Wird die SED aufgelöst, ist auch das hübsche, über vier Jahrzehnte angesammelte Parteivermögen futsch. So wird flugs die SED-PDS geschmiedet, bis der Parteivorstand am 4. Februar den endgültigen Wegfall der nach Unterdrückung und Misswirtschaft müffelnden SED-Buchstaben beschließt. Zumindest im Namen ist der Wandel geschafft, wenngleich im Lande wenig beachtet. Die Menschen haben anderes im Sinn. „Deutschland, einig Vaterland", schallte es unter einem Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen, als Helmut Kohl fünf Tage vor Weihnachten vor der Dresdner Frauenkirche erstmals gänsehautkribbelig spürt, dass der Zug zur Deutschen Einheit unaufhaltsam zu rollen beginnt. Sechs Wochen später steht Theo Waigel in Leipzig auf dem großen Platz zwischen Gewandhaus und Oper, der nur noch für kurze Zeit Karl-Marx-Platz heißen wird. Wieder die Fahnen, wieder die Rufe und aus 70.000 Kehlen ein sächsisches Stakkato: „Däoo, Däoo, Däoo..." Bei seinem ersten Wahlkampfauftritt auf ostdeutschem Boden rät der Bonner Finanzminister zum Blick ins Kommunistische Manifest, in dem steht, die Proletari-

Er sollte ihnen den Weg zur Einheit freimachen: DDR-Bürger umringen Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Besuch in Dresden.

er hätten nichts zu verlieren als ihre Ketten: „Es sind die kommunistischen Ketten, die Sie jetzt abwerfen." Die Menschen jubeln, schwenken Fahnen und denken an die D-Mark, die „Däoo" ihnen bald schon bringen soll. Einer reckt ein Plakat ins Licht der Fernsehscheinwerfer, das die Einheit zur Familienangelegenheit macht: „Theo, nicht vergewaltigen, geheiratet wird." →

„Seit 30 Jahren ist es erstmals möglich, wirklich ein freies Wort zu veröffentlichen", meinte ein Journalist der bisherigen SED-Bezirkszeitung „Freies Wort" im thüringischen Suhl im Januar. Tags zuvor hatte sich die Redaktion als erste der 14 SED-Zeitungen von der Partei, die inzwischen SED-PDS hieß, losgesagt.

Brief- und Stimmenflut

März – Arme Briefträger. Beim bayerischen Landesfremdenverkehrsverband stapeln sich 200.000 Briefe von DDR-Bürgern, die im Sehnsuchtsland Bayern Bergluft und Bierfeste genießen wollen. Geschäftsführer Günter Stopperich lässt eine Million Prospekte nachdrucken und ebenso viele Straßenkarten, auf denen schon die neuen Grenzübergänge eingezeichnet sind. Er rechnet mit bis zu einer Million neuer Gäste: „Sie können erstmals frei reisen, und zu uns ist die Anreise relativ günstig." Im Berliner Schloss Niederschönhausen beendet am 12. März der Zentrale Runde Tisch seine Arbeit und spricht sich dagegen aus, das Grundgesetz der Bundesrepublik zu übernehmen. Sechs Tage später setzen die DDR-Bürger ein anderes Zeichen: Bei

Die Grenze mit Todesstreifen und Selbstschussanlagen, die Deutschland 28 Jahre lang teilte, steht noch, aber sie hat Lücken bekommen. Wo Übergänge in den Westen sind, stauen sich Anfang 1990 Trabis und Wartburgs kilometerweit.

der ersten und letzten freien Wahl ihrer Volkskammer votieren sie weniger für die Ost-SPD, die in Umfragen schier uneinholbar vorne lag, als für die „Allianz für Deutschland", dem Unionsbündnis, von Kohl hastig geschmiedet, weil er der „Blockflöte" Ost-CDU keinen Wahlsieg zutraute. Und nun dies: Die Allianz aus CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch (DA) erreicht mit 48,15 Prozent die absolute Mehrheit. Die SPD muss sich mit schmählichen 21,9 Prozent begnügen, die gehäutete PDS mit mageren 16,4. „Ein Sieg für die Demokratie" jubelt der CDU-Generalsekretär, der Volker Rühe heißt. Sein Kollege von der DSU, der vor Selbstbewusstsein strotzende Ex-DDR-Melkmeister Peter-Michael Diestel, wird neuer Innenminister. 25 Jahre später ist er Lieblingsanwalt ehemaliger SED-Top-Funktionäre.

Anfang März stellte Boris Jelzin in München sein Anti-Gorbatschow-Buch „Aufzeichnungen eines Unbequemen" vor. Die Frage, weshalb er noch nicht im Gefängnis sitze, konterte der kraftvolle Russe: „Erstens leben wir nicht mehr in der Stalinzeit und zweitens hoffe ich, dass unsere Führung das Buch noch nicht gelesen hat." 15 Monate später war Jelzin Präsident der Sowjetunion, die er nach weiteren sechs Monaten auflöste.

Privat bei Goethe

April – Ein milder Frühlingstag in Weimar, an der Kasse zu Goethes Wohnhaus am Frauenplan ist keiner vor oder hinter uns. Fast ein halbes Jahrhundert lebte der Geheimrat hier, schrieb den Faust und empfing im Gelben Zimmer Herder und Schiller zum Diskurs über Gott und die Welt. Wir sind allein mit seinem Hab und Gut und Geist. Nirgends Sicherungen, alles sauber aufgeräumt, die Bewohner scheinen im Zimmer nebenan zu sein. In einem kleinen Nebenzimmer ein Bett und ein Stuhl. Hier hauchte Goethe vor 159 Jahren seine letzten Worte: „Mehr Licht." Wir spüren eine Intimität, wie sie nur in der Umbruchzeit möglich ist, bei späteren Besuchen ist der Zauber verflogen, aber die Massen sind gekommen. Ein paar Schritte daneben hat der „Weiße Schwan", zu DDR-Zeiten zur Ruine verkommen, wieder geöffnet. Goethe war Stammgast, quartierte seinen Berliner Freund Zelter hier ein und lockte ihn immer wieder ins beschauliche Weimar: „Das Stübchen im Schwane bleibt." Wir lassen uns Weimarer Zwiebelsuppe und Thüringer Klöße servieren. Auf dem Heimweg kommen wir am Bahnhof vorbei. „Klein-Afrika", sagen die Einheimischen. Gastarbeiter aus Mosambik suchen hier Schutz vor der Nachtkälte. „Briketts" maulen die DDR-Bürger über sie. Ausländerhass grassiert. Aber das ist leider erst der Anfang.

In den ersten Monaten nach der Wende war das Goethe-Haus am Frauenplan von Weimar ein ruhiger Ort. Eine gute Zeit, dem großen Dichter nahe zu kommen.

Erziehung der Erzieher

Mai – Das schmucke Gründerzeithaus steht gegenüber der Leipziger Nikolaikirche. Im vierten Stock, mit direktem Blick auf die Kirche der Montagsgebete, wohnt Friedrich Magirius, Superintendent der Kirche und zugleich – gemeinsam mit Christian Führer – ihr Pfarrer. Seine Frau öffnet, führt

Zum Erziehen für den Sozialismus waren die Lehrer in der DDR verpflichtet. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Lehrer an ihren alten Kategorien festhalten", mahnte Leipzigs oberster Pfarrer, Superintendent Friedrich Magirius.

ins Arbeitszimmer und entschuldigt sich für die sichtbar aufgestellten Eimer und Schüsseln: „Es tropft durchs Dach.“ Magirius trägt dunklen Anzug und gestreifte Krawatte, hinter ihm steht auf einem Regal ein siebenarmiger Leuchter, eine Menora. Er wirkt sanft, aber seine Analysen sind glasklar. Er sorgt sich um die Menschen, die sich von der neuen Zeit überfordert fühlen: „Es war oberstes Gebot der bisherigen Politik, dass für alles gesorgt wurde. Die persönliche Verantwortung des einzelnen wurde nicht genug gefördert.“ Magirius sieht neuen Unfrieden in den inzwischen privatisierten Betrieben, wo allzu oft ehemalige SED-Betriebsleiter mit neuem Titel auf dem alten Platz geblieben sind: „Nun beginnt der große Jammer, dass diejenigen, die damals schon den Mitarbeitern große Schwierigkeiten gemacht haben, sich jetzt wieder als die neuen Chefs aufspielen und über Entlassungen entscheiden.“ Dringend notwendig sei auch ein neues Bildungssystem. Eltern dürften nicht zulassen, dass Lehrer an ihren alten Kategorien festhalten, an den Schulen müsse es nun „wirklich beginnen mit der Erziehung der Erzieher“. Pfarrer in der Politik sind für ihn nur eine „Notwendigkeit für diese erste Phase“. Magirius strebt nicht nach Berlin, er wird für vier Jahre Leipziger Stadtpräsident und geht 1995 als Superintendent in Pension.

Die Stellvertreterin

Juni – Im düster-braunen DDR-Pressezentrum an der Berliner Mohrenstraße hat sich Günter Schabowski vor sieben Monaten im Gekrakel auf einem Zettel verheddert und stolpernd die Mauer geöffnet. Im März später kommt uns dort eine junge Frau im bodenlangen Wickelrock entgegen. „Das ist die neue Vize vom Gehler“, sagt einer. Sie stellt sich mit „Merkel“ vor. Man wird noch von ihr hören. Ihr Chef, DDR- Regierungssprecher Mattias Gehler, hat im Juni nochmals einen großen Auftritt vor internationaler Presse: Gemeinsam mit seinem Bonner Amtskollegen Hans „Johnny“ Klein stellt er in dem inzwischen historischen Bau eine Informationskampagne zur bevorstehenden Währungsunion vor, 25 Millionenen Mark spendiert Bonn dafür. Gehler nutzt die Chance und fordert einen schnellen Beschluss für Berlin als künftige Hauptstadt, verankert möglichst im Einigungsvertrag. Klein mahnt zu Besonnenheit: „Das ist die Entscheidung des ersten gemeinsam gewählten Parlaments.“ Gehler drängelt und Klein greift nochmals zum Mikro: Die Worte seines Kollegen zeigten wohl eine andere Einstellung zum Parlament, das er als ersten Souverän schätze, weshalb dort das Problem entschieden werden solle. Und der Bundestag entscheidet tatsächlich an einem 20. Juni für Berlin – allerdings erst ein Jahr später. Da ist Mattias Gehler schon längst vergessen und Angela Merkel als Bundesministerin für Frauen und Jugend ihren ersten Schritt auf der Karriereleiter vorangekommen.

Noch sitzt Angela Merkel beim CDU-Parteitag irgendwo im Saal und hört Helmut Kohl am Rednerpult zu. Das wird sich ein paar Jahre später dramatisch ändern.

Silvester im Sommer

Juli – Metallisches Klimpern füllt den Raum im Bayerischen Hauptmünzamt, aus einem blauen Gerät springen einem Wasserfall gleich kupfern glänzende Pfennigstücke in einen Behälter. 850 Stück in der Minute, über eine halbe Million je Arbeitstag. Kleingeld für den großen Tag: Um Mitternacht zum 1. Juli eröffnet die Deutsche Bank als erstes Geldinstitut in der DDR ihre Schalter und zahlt D-Mark aus. Wohl 10.000 schlängeln sich vor der Filiale um den Block, 13 erleiden Schwächeanfälle, und der Kohlefahrer Hans-Joachim Corsalli ist der erste am Schalter, der für den Urlaub DDR-„Alu-Chips“ in harte D-Mark tauscht. Zur Belohnung für erfolgreiches Drängeln gibt’s von der Bank ein Sparbuch mit 100 Mark obendrein. Auf Partys wird das neue Geld-Zeitalter feuchtfröhlich gefeiert, Rotkäppchen-Sekt fließt in Strömen: „Silvester mitten im Sommer.“ Der Katzenjammer folgt wenig später: Reihenweise gehen DDR-Betriebe in die Knie. Waren sie mit der billigen DDR-Mark noch wettbewerbsfähig, drückt sie nun die so sehnlichst erwünschte Westwährung zu Boden. Die D-Mark kommt und die Arbeitsplätze gehen. →

„Kommt die D-Mark bleiben wir - kommt sie nicht geh‘n wir zu ihr!“ Mit dieser Parole erzwangen die Montagsdemonstranten die rasche Währungsunion. Die DDR-Mark wurde abschätzig „Alu-Chip“ genannt

Oskar Lafontaine, SPD-Herausforderer von Helmut Kohl, will im September seine Genossen in Sachsen unterstützen, wo auch bald der Landtag gewählt wird. Im Chemnitzer Motorenwerk Barka haben die Arbeiter den Pausenraum verschlossen, weil sie mit dem SPD-Mann nicht diskutieren wollen. Bei der Wahl am 14. Oktober, elf Tage nach der Tag der Einheit, bekommt die CDU satte 53,8 Prozent, für Kurt Biedenkopf beginnt in Dresden der Aufstieg zum „König Kurt“.

Unerfüllter Wunsch

August – Wie verriegelte Festungen liegen 777 Kasernen der Westgruppe der Roten Armee über die DDR verstreut. Am 9. November vergangenen Jahres sind die 330.000 Sowjetsoldaten samt ihren Panzern in den Standorten geblieben, kein neues 1953, kein blutiger Himmlischer Frieden in Deutschland. Doch nun fühlen sich die Uniformierten drinnen vom kapitalistischen Feind umgeben, und die Zivilisten draußen misstrauen der hochgerüsteten Militärmacht drinnen, die sich vor der Öffentlichkeit verbirgt. Es braucht eine Anweisung vom Moskauer Generalstabschef persönlich, damit sich die Tore erstmals für einen West-Reporter öffnen. Oberstleutnant Alexander Jewtejew führt, begleitet von einem

Das Porträt eines sowjetischen Soldaten am Checkpoint Charlie erinnert an die Zeit als sowjetische Besatzungszone.

Schwarm Politoffizieren, den ungewohnten Gast über das Gelände der Berliner Brigade im südöstlichen Bezirk Karlshorst. Die Brigade kämpfte sich 1945 zum Alexanderplatz vor, nun bewachen 18 der 2000 Mann für jeweils 24 Stunden das sowjetische Kriegsdenkmal westlich des Brandenburger Tores. Ein Trupp junger Soldaten in erdbraunen Uniformjacken kommt uns entgegen. Hat einer von euch schon Soldaten der Bundeswehr gesehen? Allgemeines Lächeln: „Nein." Würdet ihr gerne mal welche treffen? „Oh ja", sagt einer laut, „das wäre interessant. Wir würden gerne Bekanntschaft mit ihnen machen." Es bleibt ein unerfüllter Wunsch. Vier Jahre später, am 1. September 1994, verlässt ihr Oberkommandierender der Generaloberst Matwej Burlakow als letzter Offizier der Westgruppe deutschen Boden.

Auf der Minister-Etage der Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße stehen die Menschen Schlange. Alle wollen einen Blick ins Büro von Ex-Stasi-Chef Erich Mielke werfen, der inzwischen in Haft sitzt. Ein ehemaliger DDR-Bürger schreibt ins Gästebuch: „E. Mielke in Moabit – und ich hier in seinem Amtszimmer." Ein andere hinterlässt die Frage: „Wann werden die Schuldigen vor Gericht gestellt?"

Historische Momente

September – Noch am 31. August spricht Lothar de Maizière einen Satz, den er zwölf Tage später und 1600 Kilometer weiter östlich wiederholen kann. „In diesem Raum", sagt der DDR-Ministerpräsident im Berliner Kronprinzenpalais, „wird sicher eines der bedeutendsten Vertragswerke in der deutschen Nachkriegsgeschichte unterschrieben." Minuten später unterzeichnen Wolfgang Schäuble (West) und Günther Krause (Ost) den Einigungsvertrag. „Schon mal eine wichtigere Unterschrift geleistet", lächele ich Schäuble an. „Nein, denke ich nicht – obwohl, die Unterschrift unter den Ehevertrag..." Wenige Tage danach fragt Angela Merkel, ob ich mitkommen

© Bundesregierung/Engelbert Reineke

Sechs Außenminister haben den Weg zur Einheit freigemacht (v.li.): Roland Dumas (Frankreich), Eduard Schewardnadse (UdSSR), James Baker (von Generalsekretär Michael Gorbatschow verdeckt), Hans-Dietrich Genscher (Bunderepublik), Lothar de Maizière (DDR) und Douglas Hurd (Großbritannien).

wolle zur Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags. Am 11. September fliegen wir in Honeckers ehemaliger Regierungsmaschine nach Moskau, Lothar de Maizière diesmal in seiner zweiten Funktion als DDR-Außenminister. Im Hotel „Oktober" wird nächtens noch über ein Stationierungsverbot von Atomwaffen in Ostdeutschland gerungen, dann können sich die sechs Außenminister Genscher (Bonn), de Maizière (Ostberlin), Schewardnadse (Moskau), Baker (Washington), Dumas (Paris) und Hurd (London) in einem schmucklosen, niedrigen Raum an einen langen Tisch setzen. Michail Gorbatschow schaut ihnen von hinten über die Schulter. Drei Meter vor dem Tisch stehe ich neben Angela Merkel. Die goldenen Federn von sechs Füllhaltern kratzen übers Papier und uns läuft ein Schaudern über den Rücken. In diesem Augenblick ist der Weg zur deutschen Einheit frei und der Zweite Weltkrieg völkerrechtlich beendet. Deutschland erhält seine Souveränität zurück. Und jeder der Unterzeichner steckt seinen Füller flugs ins Jackett. Historische Souvenirs in einem historischen Moment, der neben der Einheitsnacht wohl der historischste all der vielen historischen Momente in diesem ohnehin historischen Jahr ist.

Premierenfieber

Oktober – Mitternacht ist noch ein paar Stunden entfernt, im Berliner Schauspielhaus am Gendarmenmarkt hat man sich zu einer besinnlich-

© picture alliance/dpa/ Wolfgang Kumm

Es ist erreicht! Am 3. Oktober 1990 Punkt Null Uhr ist die DDR Geschichte und Bundeskanzler Helmut Kohl kann vor dem Reichstag dem wiedervereinigten Vaterland zuwinken.

fröhlichen Beerdigungsfeier der besonderen Art versammelt. „Es ist ungewöhnlich“, sagt Lothar de Maizière, „dass sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet.“ Punkt Mitternacht ist der Staat weg und de Maizière sein Amt los. Zuvor dirigiert Leipzigs Gewandhaus-Chef Kurt Masur noch Beethovens „Ode an die Freude“, dann rollt die Staatskolonne im Schritttempo durchs dichte Bürger-Spalier hinüber zum Reichstag. Viertel vor Zwölf tritt Helmut Kohl auf die große Freitreppe. „Helmut, Helmut“ schallt es aus hunderttausenden Kehlen herauf. Am Fahnenmast wird eine 60 Quadratmeter große Deutschland-Fahne hochgezogen, das Geläut der Freiheitsglocke dröhnt über den Platz. Und während ein krachendes Feuerwerk den Himmel bunt färbt, gewinnt die Nachrichtenagentur AP das Sekundenrennen und meldet unter dem Datum 3. Oktober, 0.00 Uhr: „Eil – Deutschland wieder ein ganzer Staat.“ Drinnen im Reichstag lässt Hausherrin Rita Süssmuth Sekt mit Häppchen servieren, und Lothar de Maiziere gesteht Kurt Mazur: „Bei der Rede vorhin war ich nervös wie noch nie im Leben.“ „Ich auch“, antwortet der. „Sie haben Beethovens 9. doch schon so oft dirigiert.“ Mazur lächelt: „Aber noch nie zur Deutschen Einheit.“

Vom Luftkreuz zum Luftschloss

November – Im Lokal „Paris-Moskau“ stellt Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau seinen neuen Mann für Berlin vor. Er kommt aus Frankfurt, Generalbevollmächtigter ist sein Titel. Der Neue soll der Kranich-Linie Ostwind unter die Flügel bringen, während drüben in Schönefeld die ehemalige DDR-Interflug mit einem 100-Millionen-Defizit zur Crashlandung ansetzt. Der künftige Münchner Flughafen wird erst in zwei Jahren eröffnet, Ruhnau will die Chance nutzen und Berlin zum neuen Drehkreuz ausbauen. Ein Großflughafen muss her – möglichst schnell und vor allem vor den Münchnern. Mit Schönefeld hat der Lufthansa-Boss nichts im Sinn, den idealen Standort glaubt er im dünn besiedelten Gebiet 45 Kilometer südlich von Berlin gefunden zu haben: Sperenberg ist ein sowjetischer Militärflugplatz, der von den einstigen Besatzern bald verlassen wird. Ruhnaus Plan: Noch ehe die Münchner eröffnen, soll hier ein neues Lufthansa-Kreuz geboren werden. Mit dem Sowjetkommandanten hat er schon die ersten Verabredungen für LH-Landungen getroffen, auch ein Gutachten der Brandenburger Landesregierung empfiehlt Sperenberg als den am besten geeigneten Standort. Schönefeld scheidet aus zahlreichen Gründen aus. Unterschrieben ist die Expertise vom Potsdamer Umweltminister Matthias Platzeck. Doch in Berlin interveniert der Regierende Eberhard Diepgen: Der Airport muss näher an die Stadt und nicht ins rote Brandenburg. Und siehe da, im zweiten Gutachten ist Schönefeld nun wundersamerweise bestens geeignet. Die Bayern sind dankbar: Sie können eröffnen und sich konkurrenzlos zum zweiten deutschen Luftkreuz entwickeln. 25 Jahre später ist Schönefeld noch immer ein milliardenschweres Luftschloss.

Airbus war auch in Ost-Berlin begehrt: Interflug hatte drei A310, die von der Flugbereitschaft der Bundesregierung übernommen wurden.

Soldaten-Liebe

Dezember – Das Einheitsjahr endet in einer rauschenden Silvesterparty in den alten Ufa-Studios im Potsdamer Villenviertel Babelsberg. Eine Feier, wie es sie noch nie gab und nie mehr geben wird. Nach

Das Jahr der Einheit endet mit einer Silvesterfeier in Babelsberg, wo Marlene Dietrich ihre Weltkarriere begann. Zugeschaltet aus Paris, ist ihr Stimme kurz vor Mitternacht zum letzten Mal live zu hören. Wenige Monate später stirbt der einstige Weltstar.

50 Jahren kommt Johannes Heesters wieder in die Halle, in der er „Illusionen“ gedreht hat, Ilse Werner lehnt am Klavier und pfeift alte Ufa-Schlager und kurz vor Mitternacht steht die Telefonschaltung nach Paris: Marlene Dietrich, die in diesen Hallen mit dem „Blauen Bock“ ihre Weltkarriere begonnen hatte und nun 89 Jahre alt ist, macht mit fester Stimme den um die Zukunft ringenden Studios und den zum 31. Dezember gekündigten Mitarbeitern Mut: „Ich hoffe, Sie haben den Erfolg, den Sie mit Recht verdienen. Ich drücke die Daumen für Sie.“ Zum letzten Mal ist ihre rauchige Stimme öffentlich zu hören, die sechzehn Monate später endgültig verstummen wird. Nach Mitternacht eine abenteuerliche Premiere: Gemeinsam mit Margot Werner singt der Chor der Roten Armee in voller Uniform und aus voller Kehle ein Lied, das 1929 erstmals in Babelsberg geträllert wurde: „Wir sind von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, denn das ist unsere Welt – und sonst gar nichts.“ Und so endet das glückliche Jahr der Einheit mit einer schönen Hoffnung, die ein KGB-Offizier in Dresden ein Vierteljahrhundert später brutal zerstören wird. ▲

Vor dem Deutschen Nationaltheater in Weimar geben sich Goethe und Schiller die Hand. Im Herbst ’89 trugen sie das Schild: „Wir bleiben hier.“ Ein Jahr später treffen sich die 89 frisch gewählten Thüringer Landtagsabgeordneten in dem Theater, in dem 1919 die aus Berlin geflohene Nationalversammlung getagt hatte. Der Thüringer Landtag konstituiert sich am 27. Oktober 1990 als erstes der fünf neuen ostdeutschen Länderparlamente.

Mediale Aufstiegshilfe

In der Pegida-Hysterie der Medien offenbart sich das Weltbild der meisten Journalisten

Karikatur: Horst Haitzinger

Hugo Müller-Vogg

Pegida, Pegida, Pegida: Seit Wochen schien das Land von einer Art braunen Machtergreifung bedroht zu sein. Das musste jedenfalls glauben, wer die Pegida-Hysterie der meisten Medien wörtlich nahm. Montag für Montag wurden in den Nachrichtensendungen die für den Abend geplanten Aufmärsche der selbst ernannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ angekündigt wie ein heraufziehender Orkan. Dienstags und mittwochs folgten Berichte und aufgeregte Kommentare über Demonstrationen und Gegendemonstrationen. Und donnerstags begann die Vorberichterstattung für den nächsten Montag.

Pegida, Pegida, Pegida: Seit Wochen schien das Land von einer Art braunen Machtergreifung bedroht zu sein. Das musste jedenfalls glauben, wer die Pegida-Hysterie der meisten Medien wörtlich nahm. Montag für Montag wurden in den Nachrichtensendungen die für den Abend geplanten Aufmärsche der selbst ernannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ angekündigt wie ein heraufziehender Orkan. Dienstags und mittwochs folgten Berichte und aufgeregte Kommentare über Demonstrationen und Gegendemonstrationen. Und donnerstags begann die Vorberichterstattung für den nächsten Montag.

Dabei ist „Pegida“ bisher eher ein lokales Phänomen, ein Dresdner Spezifikum. Nirgendwo sonst haben Pegida und ihre lokalen Ableger einen auch nur annähernd so großen Erfolg wie in der sächsischen Hauptstadt. Die Ausnahme der Leipziger Demonstration zwei Tage nach dem Verbot des Dresdner-Aufmarschs bestätigte die Regel. Ansonsten gilt: „No Pegida“-Aufrufe bringen außerhalb Sachsen viel mehr Menschen aus die Straße als Pegida selbst.

Zweifellos ist Pegida ein ziemlich seltsamer, irgendwie wirrer Verein. An der Spitze, in Dresden wie anderswo, standen oder stehen zwielichtige, vorbestrafte Figuren, einschlägig bekannte Rechtsradikale, aber ebenso Bürger, die bisher politisch nicht als radikal oder extremistisch aufgefallen sind. Viele der offiziellen Forderungen zu Einwanderung und Integration sind durchaus diskussionswürdig. Doch viele Demonstranten äußern sich gegenüber Journalisten und auf Transparenten eindeutig ausländerfeindlich und rassistisch. Dass man in Dresden der Opfer des Terroranschlags auf „Charlie Hebdo“ gedachte, gleichzeitig aber die deutschen Medien als von der Regierung gesteuerte „Lügenpresse“ schmäht sowie den Oberzensor Wladimir Putin als Idol verehrt, zeugt ebenfalls von dem kruden Weltbild dieses Vereins und seiner Anhänger.

Gleichwohl ist nicht jeder Bürger, der diesen Wirrköpfen nachläuft, ein Neonazi. Zu den Demonstrationen in Dresden kommen auch viele, denen irgendwie die ganze Richtung nicht stimmt: zu viele Ausländer, zu niedrige Renten, zu abgehobene Politiker, zu wenig direkte Demokratie. Auch wenn diese Demonstranten mit ihren zum Teil dumpfen Parolen den öffentlichen Diskurs in unserem Land nicht gerade bereichern, so ist es gleichwohl ihr gutes Recht, selbst für Unsinniges und Widersprüchliches auf die Straße zu gehen. Das muss eine Demokratie aushalten.

Die teilweise hysterischen Reaktionen der Medien sind freilich nicht in erster Linie das Ergebnis dumpfer Pegida-Parolen und auffälliger Widersprüche. In der Pegida-Berichterstattung schlägt sich vor allem das Weltbild der meisten Journalisten nieder. Hier offenbart sich ein medialer Konsens, was statthaft ist, und was nicht: Demonstrationen für mehr Zuwanderung, für verstärkte Bemühungen um Integration, gegen „Polizeiwillkür“, gegen Atomkraft, gegen das Waldsterben oder gegen die USA sind aus medialer Sicht Ausdruck einer lebendigen Demokratie. Demonstrationen, auf denen auf die Gewaltbereitschaft fanatisierter Muslime, auf die Problematik einer ungesteuerten Zuwanderung, auf den mangelndem Integrationswillen vieler Migranten oder auf die Nachteile von Parallelgesellschaften hingewiesen wird, gelten dagegen per se als rechtsradikal, neonazistisch oder faschistoid.

Irgendwie scheint bei der Mehrzahl der Journalisten das Bewusstsein dafür verlorengegangen zu sein, dass das Demonstrationsrecht ebenso unteilbar ist wie die Freiheit. Auf unseren Straßen wird Tag für Tag Widersprüchliches, Falsches, Dummes und Gefährliches skandiert. Aber solange die Parolen, und seien sie noch so verrückt oder unappetitlich, nicht gegen geltendes Recht verstoßen, muss man sie ertragen. Genau das fällt den Lordsiegel-Bewahrern der Demokratie in mancher Redaktion schwer: Wenn irgendwo Gegendemonstranten einen genehmigten Pegida-Aufmarsch verhindern, feiern die Medien diese Beschneidung der vom Grundgesetz garantierten Demonstrationsfreiheit als Sieg der Demokratie.

Die Pegida-Hysterie der Medien zeitigte gleichwohl groteske Folgen. Mögen die Pegida-Marschierer auch „Lü-gen-pres-se“ brüllen: Ohne die tätige Hilfe der Medien hätte Pegida über Dresden hinaus kaum Beachtung gefunden. Nutznießer des Pegida-Hypes dürfte die „Alternative für Deutschland“ sein. Da sich die Pegida-Führung nun selbst zerlegt, könnte die AfD zum Auffangbecken jener Montagsmarschierer werden, mit denen SPD-Chef Gabriel das Gespräch sucht und die seine Generalsekretärin als „braune Suppe“ beschimpft. Was für ein groteskes Ergebnis des medialen „Kampfs gegen rechts“. ▲

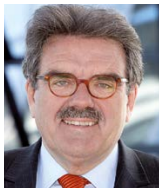


Foto: Laurenze Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg arbeitet als Publizist in Berlin. In diesen Tagen ist sein neues Buch erschienen: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient! – Warum die Große Koalition keine großen Ziele verfolgt (Murrmann-Verlag, 172 S., 17,99 €). www.hugo-mueller-vogg.de

Anzeige

„GENIESSEN SIE PERFEKTION IN IHRER EINFACHHEIT“

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Ihr Michael Huber mit Team

RESTAURANT HUBER

Newtonstraße 13, 81679 München
Tel.: 0 89.98 51 52, huber-restaurant.de
Di–Fr: 11.30–14.30 / 18.30–24.00 Uhr
Samstag: 18.30–01.00 Uhr

Macht Sparen Sinn?

Aber sicher, sagt Ulrich Netzer, der Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, im *Peutinger*-Gespräch

Die Sparkassen spüren Gegenwind: Das Sparbuch bringt keine Zinsen, die europäische Bankenregulierung kostet bürokratischen Aufwand und die fortschreitende Digitalisierung verändert auch die Bankenwelt. Darüber spricht Bayerns Sparkassen-Präsident Ulrich Netzer im *Peutinger*-Interview.

Seit Mai 2014 Bayerns oberster Sparkassen-Mann: Ulrich Netzer vor dem Haus des Sparkassenverbandes in München. Zuvor war Netzer 18 Jahre Oberbürgermeister in Kempten.

Der Peutinger: Sie hatten als Bub sicher ein rotes Sparbuch. Da gab's schöne Zinsen. Nun ist es ein Null-Zins-Büchlein. Macht Sparen überhaupt noch Sinn?

Ulrich Netzer: Warum sparen wir? Um uns größere Anschaffungen leisten zu können, um fürs Alter vorzusorgen, um Lebensrisiken abzusichern. Da ist die Frage nach der Höhe des Zinses nicht der einzige Zweck. Deshalb ein klares Ja: Sparen macht weiter Sinn. Das Problem bei niedrigen Zinsen aber ist, dass ich mein Vermögen nicht vermehre, sondern dass es, mit der Inflation gegengerechnet, sogar geringer wird. Das ist momentan unsere Crux.

Aber wir sind es doch gewöhnt: Lege ich Geld an, vermehrt es sich mit der Zeit.

Deshalb raten wir unseren Kunden, ihr Geld so anzulegen, dass wenigstens ein Inflationsausgleich möglich ist. Aber gerade in der jetzigen Phase wird der Zusammenhang zwischen Risiko und Zinssatz sehr deutlich. Deshalb beraten wir den Kunden so, dass er nach seiner eigenen Risikoaffinität entscheidet. Das Grundproblem allerdings bleibt, das ist die Niedrigzinspolitik der EZB.

Die Sparer leiden, weil EZB-Präsident Draghi mit Nullzinsen den Euro retten will?

Ja. Mit den niedrigen Zinsen soll Zeit gekauft werden, damit in einigen Ländern die notwendigen Reformen durchgeführt werden, und es sollen Investitionen angereizt werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das kann man nachvollziehen, aber wir sehen, dass die Nullzinspolitik bei weitem nicht diese Ziele erreicht. Es werden weder Investitionen angeregt, noch setzen die Krisenländer die Reformen um. Also überwiegt eindeutig das Negative, sogar mit einem sozialpolitischen Sprengstoff. Denn alle, die ihre Altersvorsorge darauf aufgebaut haben, dass die Ersparnisse anständige Zinsen erwirtschaften, gehören zu den Verlierern dieser EZB-Politik.

Da wird es sich mancher überlegen, ob er noch etwas zurücklegt.

Das Gefühl, sparen lohnt sich ohnehin nicht, wäre aber gerade für junge Leute, die ja fürs Alter vorsorgen sollten, das falsche Signal. Auch deshalb kritisieren wir diese Art der Geldpolitik.

Sparsam zu sein, galt bei uns immer als eine Tugend. Nun werden die Deutschen dafür gescholten. Ist Verschwendung die neue Tugend?

EZB-Präsident Draghi hat uns vorgehalten: Wenn ihr weiter so spart, kann sich die konjunkturelle Wirkungen des Konsums nicht entfalten. Aber übermäßiger Konsum ist nicht die neue Tugend und schon gar nicht die richtige. Die es sich leisten können, sollen nach ihren Möglichkeiten konsumieren, aber jeder sollte bedenken, dass auch für ihn die Zeit der Erwerbstätigkeit einmal endet oder dass unerwartet große Herausforderungen auf ihn zukommen können. Deshalb ist Sparen nach wie vor angesagt.

Aber Sparen scheint bei jungen Leuten nicht gerade cool zu sein. Was bedeutet das für Ihre Verbandsmitglieder, die Sparen als zentrales Element im Namen tragen?

Was ist die Aufgabe der Sparkasse? Unseren Kunden all die Finanzdienstleistungen zu geben, die sie in ihrer jeweiligen Lebenssituation brauchen. Da werben wir für entsprechende Geldanlagen und Vorsorge. Da helfen wir beim normalen Zahlungsverkehr, da versuchen wir auch mit neuen Formen, Stichwort digitale Welt, auf die veränderten Bedürfnisse der heutigen Generation einzugehen. Natürlich heißen wir Sparkasse, aber unsere Finanzdienstleistungen sind deutlich umfangreicher.

Große Geschäftsbanken werben gerne mit millionen- oder gar milliardenschweren Kunden. Welche Kundschaft haben Sie im Blick?

Was hat die deutsche Volkswirtschaft so stark gemacht? „The German Mittelstand", wie man weltweit sagt. Und wir sind ein starker und verlässlicher Partner dieses Mittelstands. Beim bayerischen Handwerk haben wir über zwei Drittel aller Kredite, beim Mittelstand insgesamt rund 40 Prozent. Das heißt: wir sind der Partner des Mittelstands. Und darauf werden wir auch in Zukunft unseren Fokus legen. Weil wir den Mittelstand vor Ort kennen, weil wir regional aufgestellt sind, weil wir die wirtschaftliche Situation und die Handelnden kennen, ist dies unsere Stärke.

Das ist Ihre Stärke vor Ort. Aber was ist mit den vielen Mittelständlern, die längst weltweit unterwegs sind und dabei auch von ihrer Bank begleitet werden wollen?

Dafür haben wir in unserer Organisation primär die Landesbanken, die diese Aufgabe mit uns gemeinsam erfüllen. Hier müssen wir aber schon noch ein Stückchen weitergehen, damit uns ein höherer Anteil des Mittelstands als dem richtigen Partner bei Geschäften im Ausland vertraut. Wir müssen und können noch mehr leisten – an Überzeugungsarbeit und an Qualität.

Sind die Sparkassen eher in den Städten stark, die Genossenschaftsbanken dafür mehr auf dem weiten Land?

Diese Trennung sehe ich nicht. Es würde auch dem Sparkassengesetz zuwider laufen, nach dem wir einen öffentlichen Auftrag zur flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen haben. Dem kommen wir nach, unabhängig, ob Stadt oder Land. Und vergessen Sie nicht: Wir haben heute auch einen hervorragenden Mittelstand mitten im Land.

Die große HypoVereinsbank will 240 Filialen schließen. Können sich die Sparkassen ein breites Filialnetz noch leisten? →

71 Sparkassen mit 44.769 Mitarbeitern in 2.355 Geschäftsstellen sorgen in Bayern für eine flächendeckende Versorgung, wie das Sparkassen-Gesetz fordert. 142 Milliarden Euro haben Kunden bei den Sparkassen angelegt und Kredite in Höhe von 113 Milliarden Euro aufgenommen (Zahlen 2013).

Fotos: Marcus Schlaf

„Haben Sie einen guten Anlagetipp, Herr Präsident?" *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz im Büro des Sparkassen-Präsidenten. Ulrich Netzer hat einen Tipp: „Gehen Sie wie ich zu einem guten Berater."

Fotos: Marcus Schlaf

„Wir raten Kunden, ihr Geld so anzulegen, dass mindestens die Inflation wieder herauskommt“: Ulrich Netzer im *Peutinger*-Gespräch.

Üppige Geburtstagsfeier für den Landrat, luxuriöse Reisen mit Bürgermeistern: Die Fehler der Sparkasse Miesbach haben viel Vertrauen gekostet. Netzer: „Jetzt haben wir neue Regeln für Spenden und Sponsoring.“

Da sprechen Sie eine Schlüsselherausforderung der Finanzwirtschaft an: Wie verändert die fortschreitende Digitalisierung die Kundenbedürfnisse? Die endgültige Antwort darauf hat noch niemand, aber sicher ist: Die Finanzdienstleistungen werden sich künftig noch mehr teilen. In einfache Leistungen, die schnell übers Netz zu erledigen sind, also zum Beispiel der reine Zahlungsverkehr. Und in Beratungsleistungen, die auch künftig gefragt sein werden. Zum Beispiel wie finanziere ich mein Haus, wie soll ich mein Geld anlegen, soll ich Wertpapiere kaufen und welche? Diese Beratungen sind nicht übers Netz zu leisten, weil für sie Vertrauen notwendig ist, das ich nur durch den persönlichen Kontakt herstellen kann. Wenn ich diese beiden Welten sehe, dann werden wir natürlich weiter in der Fläche präsent sein, die Präsenz wird aber von den Bedarfen der Kunden abhängig sein.

Aber die Rentnerin, die zweimal die Woche am Schalter 20 Euro abhebt, ist dann nicht mehr die gewünschte Kundin.

Für uns ist jeder Kunde wichtig. Das ist unser 200 Jahre alter Auftrag. Wir werden hier nicht unterscheiden, sondern schauen, dass wir auch diesen Kunden gerecht werden. Allerdings müssen wir dabei die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen, denn wir können die Wünsche unserer Kunden nur erfüllen, wenn wir vernünftige Ergebnisse erzielen, also auch die Kostenseite in Griff haben.

Brauchen wir bald keine Gelddruckereien mehr, weil alle bargeldlos zahlen?

Wir müssen uns darauf einstellen, dass zunehmend bargeldlos bezahlt wird. Noch ist in Deutschland Bargeld das beliebteste Zahlungsmittel, deshalb werden wir in den nächsten 20, 30 Jahren nicht auf Schein und Münze verzichten. Auch die jüngere Generation zahlt kleinere Geschäfte meist nicht mit der Karte. Aber langfristig ist die Geldbörse eher ein Auslaufmodell.

Lassen Sie uns nochmals auf Europa zurückkommen: Strengere Prüfmechanismen sollen einer neuen Finanzkrise vorbeugen. Ihr Bestreben, die Sparkassen aus diesem Prüfkorsett herauszuhalten, ist gescheitert. Was droht nun?

Seit der Finanzkrise sind eine Menge neuer Regulierungsmechanismen eingeführt worden. Das ist grundsätzlich richtig, denn eine zweite Krise können wir uns nicht leisten. Doch wir müssen dabei zielgenauer sein und stärker differenzieren zwischen großen, weltweit aktiven Banken und Investmentbanken mit einem relativ hohen Risiko einerseits und der dezentralen Finanzwelt, die wir vor allem in Deutschland haben und die relativ geringe Risiken eingeht. Wir werden deshalb weiter dafür kämpfen, dass Europa zielgenauer reguliert. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass die Bundesregierung im Frühjahr einen Statusbericht zur Bankenregulierung vorlegen will. Er soll die kumulativen Auswirkungen aller einzelnen Regulierungen auf die Finanzwirtschaft und damit auch auf die deutsche Wirtschaft beleuchten. Dann werden die Streuwirkungen erkennbar sein, die unseren Sparkassen, wie auch den Genossenschaftsbanken, hohe bürokratische Kosten verursachen, ohne das Risiko zu minimieren.

Versteht Europa das deutsche Bankenmodell nicht?

Das ist leider so. Wir tun uns heute noch schwer, den deutschen föderalen Ansatz in der europäischen Welt zur Geltung zu bringen. Aber wir sollten nicht müde werden, um für mehr Mitstreiter in Europa zu kämpfen, denn die dezentrale Wirtschaftsstruktur braucht ihre Antwort in der dezentralen Finanzstruktur. Oder anders gesagt: Unser Modell ist eigentlich die Antwort auf die Finanzkrise.

Zum Amtsantritt hatten Sie auch Miesbacher Scherben aufzuräumen. Haben die Vorkommnisse Vertrauen und auch Kunden gekostet?

Miesbach ist ein deutliches Beispiel dafür, wie Fehler vor Ort negativ auf die gesamte Sparkassenorganisation wirken. Die einzelne Sparkasse ist eigenverantwortlich, aber solche Vorkommnisse bedeuten einen Vertrauensverlust quer durch Bayern. Bei der medialen Aufmerksamkeit, die diesen Fall begleitet hat, haben wir natürlich sehr viele Gespräche mit unsern Kunden geführt. Wir konnten wohl die allermeisten davon überzeugen, einen Einzelfall nicht zu verallgemeinern. Aber zunächst war der Schaden da.

War es nicht auch ein positiver Impuls?

Wie immer ist ein solcher Vorfall Anlass, Mechanismen zu überdenken. So haben wir einen neuen Orientierungsrahmen für Spenden, Sponsoring und Veranstaltungen formuliert, der den einzelnen Sparkassen eine Entscheidungshilfe ist. Aber noch einmal: Miesbach war für uns ein Einzelfall.

Herr Netzer, im Freundeskreis werden Sie sicher manchmal gefragt: Du bist Experte, Du sitzt an der Quelle, gib mir doch einen sicheren Anlagetipp. Haben Sie dann einen guten Ratschlag?

Ich sage dann: Überlege Dir, wie viel Geld Du zur Verfügung hast und wie viel Risiko Du eingehen willst. Dann lasse Dir von einem guten Berater ein individuelles Finanzkonzept erarbeiten. So wie ich das selbst schon seit Jahrzehnten bei meinem Berater der Sparkasse mache. ▲

Bier mit Krone

Drei Fragen an Hofbräu-Chef Dr. Michael Möller

Hofbräu München ist die kleinste der Münchner Brauereien. Dafür aber trägt sie die bayerische Krone auf Bierfässern, Biergläsern und Bierdeckeln. Denn die staatliche Brauerei wurde 1589 zur Versorgung des herzoglichen Hofes gegründet. Und das Hofbräuhaus am Platzl, 1896/97 zum Gastronomiebetrieb mit seiner heutigen Erscheinung umgebaut, lockt Touristen aus aller Welt ebenso wie alteingesessene und frisch zugezogene Münchner. Drei Fragen an Hofbräu-Chef Dr. Michael Möller.

Der Peutinger: Finanzminister Markus Söder meint, beim Hofbräu München habe er ein gutes Gefühl: „Machen Gewinn und keinen Ärger." Da können Sie ja wunschlos glücklich sein.

Michael Möller: Diese Aussage ist natürlich eine Bestätigung für die bisher erbrachten Leistungen der Brauerei in einem äußerst schwierigen und umkämpften Markt. Wir freuen uns, auch wenn das Lob für uns ein Ansporn ist, noch besser zu werden.

DP: Wie bringt man als kleinste Münchner Brauerei die Bayern dazu, mehr Bier zu trinken, am besten natürlich ein Hofbräu?

Möller: In der ganzen Welt werden bayerische Werte wie Gemütlichkeit und Gastlichkeit bei entsprechender Qualität sehr hoch geschätzt. Auf diese Werte setzen wir in unseren Gaststätten, allen voran dem Hofbräuhaus, das sich auch in Bayern und München immer mehr zum Kultobjekt entwickelt. Unser Auftrag besteht unter anderem darin, dass diese Werte, für die Bayern in der ganzen Welt beliebt ist, auch bei uns in Bayern wieder geschätzt werden.

DP: Beim traditionellen Maibock-Anstich wagt der Finanzminister lästerliche Reden, selbst in Richtung Staatskanzlei. Wird der Maibock eine Konkurrenz zum Nockherberg seinem Salvator-Anstich?

Möller: Wir sehen keine Konkurrenz des Maibock-Anstiches zum Salvator-Anstich am Nockherberg. Der Maibock-Anstich ist eine ganz eigenständige Veranstaltung, die sich in den letzten Jahren stetig wachsender Begeisterung erfreut – nicht zuletzt dank der hervorragenden Auftritte von Django Asül. Sowohl der Maibock-Anstich wie auch der Salvator-Anstich sind zwei tolle Feste in München, die das Thema Starkbier auch weit über die Grenzen Münchens hinaus tragen. ▲

Hüter der Bier-Krone: Hofbräu-Chef Dr. Michael Möller.

Zwei Lästerzungen: Markus Söder, als bayerischer Finanzminister zugleich Hausherr beim staatlichen Hofbräuhaus, und Kabarettist Django Asül. Beim traditionellen Maibock-Anstich liefern sie sich ein Duell um die frechsten Pointen.

Energie – unsere gemeinsame Verantwortung

Nutzung der Energie in sozialer Verantwortung

Kann die Energiewende gelingen oder drohen Stromausfälle und noch höhere Energierechnungen? Wandern energieintensive Arbeitsplätze in Ausland ab oder wird Deutschland zum erfolgreichen Vorreiter einer neuen ökologischen Stromversorgung? Zu dem Thema „Energie – unsere gemeinsame Verantwortung“ hat Michael Funke, Prokurator für Energie beim Peutinger Collegium, zur großen Experten-Konferenz ins Hotel Vier Jahreszeiten nach München eingeladen und hieß die Teilnehmer willkommen „in der ersten Millionenstadt der Welt, die sich bis 2025 komplett mit Ökostrom aus eigenen Anlagen versorgen will“. Fielen die Antworten unter den Fachleuten auch unterschiedlich aus, so waren sie doch in einem Punkt einig: Die Politik muss entschlossener und zielorientierter als bisher die Energiewende gestalten.

Zweite industrielle Revolution *Michael Funke, Konferenzleiter*

In seinem Eingangsstatement wies Michael Funke, dessen Unternehmen DiBaUCo energetische Studien für Immobilien anbietet, auf die paradoxe Situation hin, dass klimafreundliche und grundlastfähige Gaskraftwerke nicht mehr wirtschaftlich sind und stillstehen, während alte klimaschädliche Braunkohlekraftwerke auf Hochtouren laufen. Da der eigens geförderte Ökostrom an der Strombörse nichts kostet, zerstört er das Geschäftsmodell der Gaskraftwerke, Strom zu erzeugen, wenn er besonders knapp und teuer ist. Auch Speicherkraftwerke, die beim ökologischen Umbau der Energieversorgung dringend benötigt werden, sind inzwischen unrentabel. Funke forderte „für Unternehmer wie Bürger“ beim Umbau der Energieversorgung, „der zweiten industriellen Revolution“, Sicherheit bei Planung, Investition und Versorgung. ■

Fahrt auf Sicht *Markus Blume, CSU-Landtagsabgeordneter*

Da die Energiewende, wie sie Deutschland umsetzt, noch nicht erprobt sei, gebe auch auch keinen Masterplan. „Wir fahren auf Sicht“, gab der Wirtschaftsexperte der CSU-Landtagsfraktion zu bedenken. Bayern verfüge bereits über 35 Prozent erneuerbarer Energie. Nun gelte es, in dem laufenden Dialog mit den Bürgern den Konsens zu finden, der gewährleiste, dass Strom auch künftig bezahlbar, versorgungssicher und umweltverträglich bleibe. Aus der Energiewende entstehe ein extrem komplexes und intelligentes Energiesystem, das ein Exportschlager werden könne. ■

Spar-Lampe *Bernd Eirich, Deutsche Bahn Energie GmbH*

Es werde Licht, und es wurde teuer: Beleuchtung in Büros und Produktionsstätten ist ein wichtiger Kostenfaktor in den Unternehmen. So hat die Bahn-Tochter DB Energie in den Werkshallen ein erhebliches Sparpotential gefunden: Neue Lampen und moderne Leuchtmittel, Lichtsensoren und verbesserte Beleuchtungspläne sollen die Wattzahl der Lampen wie auch deren Stromverbrauch halbieren. Die für eine Halle geschätzte Investitionssumme von 10 800 Euro soll sich in nur vier Jahren amortisieren. ■

Aufwachen! *Gregor Schiffer, FutureManagementGroup AG*

Gut, wieder einmal daran erinnert zu werden: es sind erst 25 Jahre vergangen, seit das Internet erfunden wurde. Seither, so Zukunfts-Manager Gregor Schiffer, leben die Menschen in einer „Kurzfrist-Falle“, so rasant läuft die Entwicklung. Schon heute ist die Hälfte der Menschheit mit dem Internet verbunden, doch 2015 wird der Tag kommen, an dem mehr Menschen über Mobilgeräte kommunizieren als übers Internet. Und beim Smart Living eröffnen sich komplett neue Geschäftsfelder, die man nicht verschlafen dürfe. Wie das digitale Kochen, das Anti-Schnarcher-Bett oder auch die digitale Toilette mit Stuhlgang-Analyse. ■

Zu billig *Dr. Gerd Holtmeier, Vorstand Thüga AG*

Die Netze sind die Lebensadern für jede moderne Industriegesellschaft. Und sie sind der Betriebskern des Münchner Energieunternehmens Thüga, das deutschlandweit das größte Netzwerk kommunaler Energie- und Wasserversorgungsunternehmen betreibt und daher Grund hat, den bisherigen Verlauf der Energiewende mit Sorge zu betrachten. Die ungesicherte Leistung der erneuerbaren Energien gefährde nicht nur die Netzsicherheit, betonte Thüga-Vorstand Gerhard Holtmeier, sie drücke auch den Strompreis und dränge damit konventionelle Energieerzeuger in die roten Zahlen. ■

Flüssiges Gold *Dr. Albert Schleich, Vorstand Rhein-Main-Donau AG*

Die Wasserkraft sei „flüssiges Gold für Bayern“, meinte RMD-Chef Dr. Albert Schleich. Sie liefere Strom zuverlässig und CO_2-frei, doch der gegenwärtig extrem niedrige Börsenstrompreis schade der Wirtschaftlichkeit. Bayerische Wasserkraftwerke liefern jährlich 13 Milliarden Kilowattstunden Strom, eine Steigerung um zehn Prozent sei technisch möglich und könnte so viel zusätzliche elektrische Energie bringen wie 1000 Windkrafträder. Er sprach von einem „Webfehler der Energiewende“ und stellte die Frage, ob dieses Jahrhundertprojekt nicht besser bei einem Sachverständigen-Beirat angesiedelt wäre als bei der Politik. ■

Grüne Hochhäuser *Dr. Markus Ewert, Forschungsleiter bei Imtech Deutschland*

Bei energieeffizienter Gebäudetechnik und Wärmespeicherung für Unternehmen ist Imtech europaweit führend. Für Dr. Markus Ewert, Leiter von Forschung und Entwicklung in der Hamburger Deutschland-Zentrale, steckt hier ein enormes Sparpotential: „Energieeffizienz hat den größten Hebel zum Klimaschutz.“ Hochhäuser, umweltfreundlich umgerüstet mit Dreifachglas, solarer Warmwasseraufbereitung und einem klugen Lüftungsmanagement reduzieren den Bedarf an Strom um 52 Prozent und an Heizenergie um 67 Prozent. Zudem steigt in den sanierten Häusern die Effizienz der Produktion. Ein weiterer Effekt: Moderne Gebäude sind um ein Vielfaches bessere Energiespeicher als Pumpkraftwerke oder Elektroautos. ■

Auf die Hälfte runter *Dieter Gerlach, Geschäftsführer Aschaffenburger Versorgung GmbH*

Aschaffenburg will Geld ausgeben, um zu sparen. Die 70.000-Einwohnerstadt nahe der hessischen Grenze hat sich hohe Ziele gesetzt: Die Gebäude sollen konsequent energetisch saniert, die Energieeffizienz muss gesteigert und der verbleibende Restwärmebedarf durch möglichst viel regenerative Energien gedeckt werden. So soll in der Zeitspanne zwischen 2009 und 2030 der Wärmeenergiebedarf in den Gebäuden um die Hälfte sinken. Statt 120 Kilowattstunden soll der jährliche Wärmebedarf pro Quadratmeter nur 60 Kilowatt betragen. Die Rechnung, die Dieter Gerlach als Chef der Aschaffenburger Versorgungsgesellschaft, dafür aufmachte: Allein bei den privaten Gebäuden ein jährlicher Sanierungsbedarf in Höhe von 52 Millionen Euro. ■

Standortrisiko Strompreis *Dr. Erk Thorsten Heyen, Wacker Chemie AG*

Wacker Chemie aus dem oberbayerischen Burghausen gehört zur Elite der Weltmarktführer. Beim Reinstsilizium, dem Grundstoff zur Gewinnung solarer Energie, liegt Wackers Anteil weltweit bei 25 Prozent. Doch die Produktion ist energieintensiv, weshalb das urbayerische Unternehmen inzwischen eine neue Fabrik im US-Staat Tennessee baut. Als die Entscheidung dafür vor vier Jahren gefallen ist, war nicht absehbar, wohin sich der Strompreis in Deutschland entwickeln wird, begründete der Wacker-Manager den damaligen Beschluss gegen den Standort in Bayern. Er plädierte für einen kostengünstigen Energiemix und eine Energiewende auf europäischer Ebene. ■

Wir danken den Unternehmen DiBaUCo, Siemens und Bayernwerk für die Unterstützung der Energiekonferenz.

(v.l.) Dieter Gerlach, Aschaffenburger Versorgungs-GmbH, Gregor Schiffer, FutureManagementGroup AG, Bernd Eirich, DB Energie GmbH, Diskussionsleiter Michael Funke, Dr. Markus Ewert, Imtech Deutschland GmbH & Co. KG, Dr. Albrecht Schleich, Rhein-Main-Donau AG, Markus Blume, MdL, Bayerischer Landtag.

Versöhnende Macht der Kunst

Salzburger Festspiele als völkerverbindendes Friedensprojekt aus dem Ersten Weltkrieg

Foto: Ellinger - www.salzburgerfestspiele.at

Mit dem Mysterienspiel „Jedermann“ von seinem Freund Hugo von Hofmannsthal, eröffnete Max Reinhardt 1920 die Salzburger Festspiele.

Die Hauptrolle spielte Alexander Moissi. Der Österreicher albanischer Abstammung war damals ein Weltstar.

Manfred Werner

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs hat uns im vergangenen Jahr intensiv beschäftigt. Historisch, politisch und auch emotional. In diesem Jahr wird die Erinnerung schon blasser werden, anderes drängt nach vorne, in Deutschland selbstverständlich die vor einem Vierteljahrhundert wiedergewonnene Einheit.

Der Salzburger Festspiel-Sommer hat sich ins Frühjahr ausgedehnt: Die Salzburger Pfingstfestspiele locken vom 22. bis 25. Mai Musikliebhaber in die Mozartstadt. Höhepunkt in diesem Jahr: Das Arien-Festkonzert mit Anna Netrebko.

Doch vor hundert Jahren ging der Krieg, den sie anfangs den Großen nannten und von dem sie erwartet hatten, er sei bis Weihnachten längst vorbei, mit unverminderter Härte weiter. Er wurde blutiger und brutaler, die Lazarette füllten sich, und immer neue Soldatenfriedhöfe mussten angelegt werden. In der Heimat wich die Siegeseuphorie den Sorgen um die Zukunft. Noch ahnten nur wenige, wie groß die Katastrophe werden sollte, in der ein ganzer Kontinent zu versinken drohte.

In dieser Zeit begannen in Wien einige Männer sich Gedanken zu machen, wie Europa mit seinen Völkern nach dem großen Schlachten wieder zu einem zivilisierten Zusammenleben finden könnte. Spiritus rector war der große Regisseur und Intendant Max Reinhardt, mit der Vision, Meisterwerke aller Nationen von Oper über Schauspiel bis zur geistlichen Kunst könnten „in festlichen Musteraufführungen zur Darstellung gelangen“, um „nach dem Kriege die Annäherung der Völker durch die versöhnende und bezwingende Macht der Kunst anzubahnen und zu fördern.“ Es war die Geburtsstunde der Salzburger Festspiele, die als Idee schon viele Jahre lang fruchtlos diskutiert worden waren.

„Neben vielen höchst bedeutungsvollen Erscheinungen, die unsere Zeit uns offenbart, ist auch die bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen, daß die Kunst, insbesondere die Kunst des Theaters, sich in den Stürmen dieses Krieges nicht nur behauptet, sondern ihr Bestehen und ihre Pflege geradezu als unumgängliche Notwendigkeit erwiesen hat“, notierte Max Reinhardt 1917 in einer Denkschrift

zur Errichtung eines Festspielhauses in Hellbrunn vor den Toren von Salzburg. „Die Welt des Scheines, die man sich durch die furchtbare Wirklichkeit dieser Tage ursprünglich aus allen Angeln gehoben dachte, ist völlig unversehrt geblieben, sie ist eine Zuflucht geworden für die Daheimgebliebenen, aber ebenso für viele, die von draußen kommen und auch für ihre Seele Heilstätten suchten. Es hat sich gezeigt, dass sie nicht nur ein Luxusmittel für die Reichen und Saturierten, sondern ein Lebensmittel für die Bedürftigen ist."

Reinhardt hatte den Schriftsteller Hugo von Hofmannsthal und den Komponisten Richard Strauss zu prominenten Mitstreitern gewonnen. „Für mich", meint Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler, „ist es immer wieder schwer verständlich, dass mitten in diesem Krieg, der für Soldaten und Zivilisten grausamer wurde als alle Kriege zuvor, Künstler und andere kunstsinnige Menschen sich mit der so kriegsfernen Idee wie der Gründung von Festspielen beschäftigten." Unweit von Salzburg gab es seit 1915 ein Kriegsgefangenlager, in dem 40.000 Gefangene, Flüchtlinge und Bewacher untergebracht waren. Das waren mehr Menschen als Salzburg damals Einwohner zählte. Ein Lager, das für die Festspiele noch eine Rolle spielen wird: Aus dem Holz seiner Baracken wurde die erste Jedermann-Bühne gezimmert.

Doch bis zur ersten Salzburger Premiere im Sommer 1920 war noch ein weiter Weg. Wien oder Salzburg, war eine der zu klärenden Fragen. Reinhardt, der 1883 seine Karriere als Schauspieler am Stadttheater von Salzburg begonnen hatte, neigte aus einem Grund zu dieser Stadt als Spielort, der heute noch nachvollziehbar ist und der für die Mozartstadt zu einem historischen Glücksfall wurde: In der Weltmetropole Wien, so Reinhardts Überlegung, sind Festspiele ein Kulturereignis unter vielen, in Salzburg dagegen werden sie – ähnlich wie die Wagner-Festspiele in Bayreuth – ein Juwel sein, das ins Land und weit darüber hinaus strahlen kann. Abseits der Metropolen, fern der Sorgen des Alltags sollten Festspiele als Wallfahrtsort, Theater als Zufluchtsort etabliert werden: „Wahre Feste", so Reinhardt, „können wir in der Großstadt nicht mit dem Herzen feiern."

Festspiele, die auch dazu beitragen sollten, seinem Heimatland Österreich eine neue Identität zu geben: „Um der ganzen Welt Zeugnis abzulegen, was Österreich und seine Kultur bedeutet." Während Karl Kraus beißend über „Österreich als Versuchsstation für den Weltuntergang" spottete, träumte Reinhardt von einer „Weltkunstzentrale auf österreichischem Boden". Hugo von Hofmannstahl schwärmte von einem Österreich als „Leuchtturm der Gesamtdeutschen Kultur".

Foto: Christian Michelides

Alljährlich in Salzburg: Der reiche Jedermann muss sich dem Tod ergeben. Hier die Inszenierung von 2014 mit Peter Lehrmeier als Jedermann und Cornelius Obonya als Tod.

Im September 1918, im vierten Kriegsjahr mit Hungerkrawallen und geplünderten Geschäften, gab Kaiser Karl I. seine Zustimmung für „österreichische den Hoftheatern verbundene Festspiele in Salzburg". Unmittelbar darauf schickte Reinhardt dem Generalintendanten der k. u. k. Hoftheater einen Brief „über die künstlerische, kulturpolitische, ökonomische und wirtschaftliche Bedeutung einer Gründung von Festspielen in Salzburg". Bemühungen, die wenig später Makulatur waren: Der Kaiser trat am 11. November zurück und die tags darauf ausgerufene Republik Deutschösterreich hob die kaiserliche Anordnung wieder auf. So standen Reinhardt und seine Mitstreiter nach dem Krieg mit leeren Händen da. Unter anderen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen war ein neuer Anlauf nötig. Und tatsächlich: Die junge Demokratie, im September 1919 in Republik Österreich umbenannt, erneuerte die Genehmigung, die Vorbereitungen in Salzburg konnten beginnen.

Max Reinhardt wählte für den Start Hofmannsthals „Jedermann". Die Uraufführung dieses Mysterienspiels um das Sterben eines reichen Mannes hatte Reinhardt selbst 1911 in Berlin inszeniert. Und seit nunmehr 95 Jahren schreit alljährlich der Teufel über den Platz: „Die Welt ist dumm, gemein und schlecht." Und damit sprach er, nach den Schrecken eines massenmörderischen Krieges, wohl allen aus der Seele. Aber genau diese Festspiele, die auch den alljährlichen Wutausbruch des Teufels ermöglichen, sind ein wunderbares Beispiel dafür, dass es auch in kraftlosen Zeiten Menschen mit enormer Tatkraft gibt. Und heute, wo wir leider wieder Anlass haben, uns um den Frieden zu sorgen, muss der Gründungsgedanke erneuter Ansporn sein: Die Kunst als ein großes, völkerverbindendes Friedensprojekt. ▲

Nach einem Vortrag von Dr. Helga Rabl-Stadler beim Peutinger-Collegium.

Dr. Helga Rabl-Stadler steht seit 1995 den Salzburger Festspielen als Präsidentin vor. Die promovierte Juristin arbeitete als Journalist in Wien, vertrat die ÖVP im Nationalrat und war Präsidentin der Kammer für gewerbliche Wirtschaft in Salzburg. Mit der Übernahme der Salzburger Festspiele legte sie alle politischen Ämter nieder. Dr. Rabl-Stadler ist verheiratet mit dem früheren Kurier-Chefredakteur Peter Rabl und hat zwei Kinder.

Foto: Tourismus Salzburg

Auf die Lehrer kommt es an!

Neue Reformen helfen Schülern wenig – gute Pädagogen sind wichtiger

„Also lautet der Beschluss, dass der Mensch was lernen muss …“
Wilhelm Busch in „Max und Moritz“

Klaus Zierer

Die deutsche Bildungsdiskussion ist reich gefüllt mit Themen: Sechsjährige statt vierjährige Grundschule, Abschaffung der Hauptschule, Zweigliedrigkeit statt Dreigliedrigkeit, Gemeinschaftsschule als neuer Weg, länger gemeinsam lernen, Ganztagsschule und Krippenplätze für alle. Themen, die in Fachkreisen, unter Eltern und in den Medien engagiert diskutiert werden. Umfassende internationale Studien wie auch die erziehungswissenschaftliche Forschung zeigen indes, dass zwischen Strukturmaßnahmen und dem erwünschten Leistungserfolg kein kausaler Zusammenhang besteht. Der entscheidende Faktor ist vielmehr der Mensch, also der Lehrer.

„Wenn wir die Menschen nur nehmen, wie sie sind, so machen wir sie schlechter; wenn wir sie behandeln, als wären sie, was sie sein sollten, so bringen wir sie dahin, wohin sie zu bringen sind.“
Johann Wolfgang von Goethe

Das Scheitern pädagogischer Strukturreformen lässt sich an vier Beispielen der aktuellen Debatte deutlich machen: der Ganztags- und der Gesamtschule, der Krippe und den neuen Medien in der Schule.

Die Ganztagsschule tritt unter anderem mit dem Ziel an, Lernerfolg unabhängig vom sozioökonomischen Status der Eltern zu fördern. Diese Behauptung wird von vielen Seiten, wie zuletzt von der Bertelsmann Stiftung, in regelmäßigen Abständen vehement geäußert. Aber allein durch das Wiederholen der Behauptung steigt der Wahrheitsgehalt nicht. Denn die empirischen Belege können diesen Zusammenhang nicht bestätigen: Wer die „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen“ (StEG) genau liest, wird feststellen, dass es keine Beweise dafür gibt, Kinder aus bildungsfernen Milieus würden in einer Ganztagsschule besser gefördert und könnten somit zu Kindern aus bildungsnahen Milieus aufschließen.

Der Grund: Kinder aus bildungsnahen Milieus können die Ganztagsangebote besser nutzen als Kinder aus bildungsfernen Milieus. Die Kernbotschaft aus dieser Studie ist denn auch eine andere: Es kommt

auf die Qualität des Unterrichts an und somit auf die Kompetenzen der Akteure, die in einer Ganztagsschule mehr Zeit miteinander verbringen als in einer Halbtagsschule. Diese Kompetenz stellt sich nachweislich nicht ein, nur weil von Halbtag auf Ganztag umgestellt wird.

Die Gesamtschule tritt mit demselben Ziel an wie die Ganztagsschule. Auch sie will strukturell initiiert Bildungsbenachteiligung beseitigen. Doch die Studie über „Lebensläufe ins frühe Erwachsenenalter“ (LifE) belehrt sie eines Besseren: Es ist nicht entscheidend, ob Kinder ein dreigliedriges Schulsystem oder eine Gesamtschule besuchen. In beiden Fällen besteht ein hoher Zusammenhang zwischen sozioökonomischen Status und Schulabschluss. Aber auch hier ist die Kernbotschaft wichtig und hilfreich: Es liegt wieder in erster Linie an den Akteuren, ob Bildungsgerechtigkeit erreicht werden kann oder nicht. Kurzum: Ein Lehrer, der einer gewissen Schülergruppe mit Vorurteilen begegnet, wird sich in seiner Haltung nicht allein vom Schulsystem beeinflussen lassen.

Verfolgt man die bildungspolitischen Debatten zum Ausbau von Krippenplätzen, so muss man den Eindruck bekommen, die beste Erziehung für Kinder finde in einer Krippe statt – und eben nicht zuhause. Das mag in Einzelfällen durchaus stimmen, als Pauschalaussage stimmt es aber nicht. Das Entscheidende ist nämlich nicht die Zeit in einer Bildungsinstitution, sondern die Qualität der Beziehung zwischen Kindern und Bezugspersonen. Und dass im Normalfall kein Erzieherverhältnis an die Qualität des Elternverhältnisses herankommt, liegt auf der Hand – dies die Kernbotschaft der „Study of early child care and Youth Development“, durchgeführt vom US-amerikanischen „National Institute of Child Health and Human Development“. Die Motive für den Ausbau von Krippen sind also andere. Es geht nicht in erster Linie um den Bildungserfolg der Kinder, sondern zum Beispiel um die Wirtschaftskraft der Eltern aus ökonomischer Sicht oder deren Egoismus aus persönlicher Sicht.

Ernüchternd sind auch die Forschungsergebnisse zu den neuen Medien wie Computer, Internet, Tablets, Whiteboards. All das, so heißt es von Seiten der Medienunternehmen, revolutioniere das Lernen und führe zu Durchbrüchen beim Lernerfolg. Doch auch die erziehungswissenschaftliche Forschung kann nichts von dieser Revolution erkennen, auf die wir seit nunmehr 30 Jahren warten. Der Grund ist einfach: Lehrpersonen nutzen die neuen Medien häufig nur als Ersatz für traditionelle Medien, das Whiteboard als Tafel, das Internet als Lexikon, das Tablet als Arbeitsblatt. Allein das Aufstellen digitaler Medien im Klassenzimmer reicht nicht aus. Die Kompetenz der Lehrpersonen, diese zu nutzen, ist viel wichtiger.

Es zeigt sich also: Strukturelle Maßnahmen alleine bewirken wenig. Entscheidend sind die Menschen, die diese Strukturen zum Leben erwecken. Im pädagogischen Kontext sind dies vor allem „die“ Lehrpersonen. Was aber zeichnet einen erfolgreichen Lehrer aus? Die Bildungsforschung zeigt, dass nicht der erfahrene Lehrer, sondern der Experte den größten Einfluss auf die Lernenden hat. Der Unterschied zwischen Erfahrung und Expertise ist wichtig, denn allein viele Jahre Erfahrung in der Schule machen noch nicht einen Experten – auch wenn Erfahrung sicherlich wichtig für Expertise ist. Aber aus Ersterer folgt Letztere nicht zwangsläufig. Es gibt Lehrpersonen, die dreißig, vierzig Jahre unterrichten und noch immer nicht über das Niveau eines Hobbypädagogen hinausgekommen sind. Und es gibt Referendare, die mit ihrer ersten Stunde unter Beweis stellen, dass sie das Zeug zum erfolgreichen Lehrer haben.

Leidenschaft und Kompetenz sind zwei der wichtigsten Voraussetzungen für einen guten Lehrer.

Die Expertise lässt sich im pädagogischen Kontext durch sieben englische „C“ kennzeichnen: Care (Fürsorge), Control (Kontrolle), Clarity (Klarheit), Challenge (Herausforderung), Captivate (Faszination), Confer (Gehör verleihen) und Consolidate (Konsolidierung). Daran gemessen, wird der Unterschied zwischen einem Expertenlehrer und anderen Lehrpersonen deutlich: Expertenlehrer stellen beispielsweise viel mehr herausfordernde Aufgaben auf dem Niveau des Transfers und des Problemlösens, wohingegen Nicht-Experten meist auf dem Niveau der Reproduktion und Reorganisation von Wissen bleiben.

Wir brauchen Lehrpersonen, die Unterricht nicht als einen Monolog sehen, sondern als einen Dialog, die immer und immer wieder im Schüler etwas suchen, wovon keiner etwas weiß und woran schon keiner mehr glaubt, die mit Leidenschaft und Kompetenz von ihrem Wissen, aber auch ihrem Leben erzählen können, die sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen austauschen und zusammentun und die dem Schüler auf Augenhöhe begegnen, wohlwissend, dass sie ihn genauso brauchen wie er sie. Fasst man zusammen, so lässt sich festhalten: Pädagogische Strukturreformen alleine bewirken wenig. Sie müssen zum Leben erweckt werden, wofür vor allem die Haltung der Lehrpersonen wichtig ist.

Daraus ergibt sich, dass es wenig sinnvoll ist, das deutsche Bildungssystem weiterhin mit strukturellen Maßnahmen zu überfluten – besonders dann nicht, wenn die von den Reformen betroffenen Menschen nicht von vornherein einbezogen sind. Und dass die Universitäten, wo auch bei der Ausbildung der Lehrer noch das Aneignen von Wissen dominiert, mehr Wert darauf legen müssen, die didaktische Kompetenz zu stärken, ohne die jede Fachkompetenz wertlos bleibt.

Deshalb ist es aus bildungspolitischer Sicht höchste Zeit, nicht fortwährend über Strukturen zu reden, sondern über Expertise. Dies wäre nicht nur den Lehrern zu wünschen, sondern vor allem auch den Kindern und Jugendlichen. ▲

Professor Dr. Klaus Zierer, 1976 in Vilsbiburg geboren, lehrt an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg und ist einer der führenden deutschen Erziehungswissenschaftler. Er war Grundschullehrer, bevor er in die Wissenschaft ging.

Schwert und Sünde

Martin Luther trennte Staat und Kirche – Das Lutherjubiläum 2017 und die Politik

Johannes Friedrich

Im Luther-Jahr 2017 erinnern die evangelischen Christen weltweit an den Thesenanschlag in Wittenberg vor 500 Jahren. Es ist also zu allererst ein Jubiläumsjahr der Kirche. Doch sehr berechtigt ist auch die Frage, was das Lutherjubiläum die Politik in Deutschland angeht. Denn unsere Gesellschaft, unser Land und die beiden großen Konfessionen in diesem Land sind ganz stark durch die Reformation geprägt.

Der Reformator in Schwarz-Rot-Gold vor dem Reichstag: Martin Luther prägte sein deutsches Vaterland langfristig mehr, als er zu Lebzeiten erahnen konnte.

Bild: EKD.de

Das gilt für viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens. Aber es gilt auch in besonderer Weise für die staatskirchenrechtliche Ordnung, in der wir seit dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik und seit 1989 im wiedervereinten Deutschland leben. Eine Ordnung, die am besten bezeichnet werden kann mit dem Stichwort „wohlwollende Kooperation“ im beiderseitigen Interesse und vor allem im Interesse der Menschen.

Wie kam es zu diesem Modell, das nichts zu tun hat mit einer zu engen Verflechtung von Staat und Kirche, aber auch nichts mit dem Modell des Laizismus, wie wir es aus Frankreich kennen? Die Reformation hat hier Entscheidendes bewirkt. Bei der mittelalterlichen Staatskirche vor der Reformation handelte es sich um ein weithin geschlossenes System. Wer ausbricht und anders denkt, glaubt oder lebt, als sich das der Papst und das Heilige Offizium in Rom sowie der Kaiser von Gottes Gnaden vorstellen, begibt sich in Lebensgefahr.

Es ist nicht zuletzt dem persönlichen Mut der Reformatoren und insbesondere dem von Martin Luther zu verdanken, dass dieses geschlossene System aufgebrochen und das Fenster zur Neuzeit bis hin zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und zu einer freien Kirche aufgestoßen worden ist. Martin Luther begann, sich seines Verstandes zu bedienen und die Bibel selber zu lesen. Ergebnisse seines Forschens hat er in den berühmten 95 Thesen zur Diskussion gestellt, die er 1517 in Wittenberg veröffentlichte – für uns der äußere Anlass für das Jubiläum ein halbes Jahrtausend später.

Damit wurde nicht nur das Verhältnis des Einzelnen zu kirchlicher und staatlicher Obrigkeit neu definiert, sondern auch das Verhältnis zwischen Kirche und Staat – oder präziser zwischen Kirchen und Staat. Denn Konsequenz der Reformation ist eine erste Pluralisierung Europas: neben der römisch-katholischen Kirche etablierten sich auch lutherische, reformierte, anglikanische und später auch andere Konfessionen. Dies zwingt den Staat, um des Friedens willen, seinen Bürgern Glaubens- oder besser Konfessionsfreiheit zu gewähren, die in der Neuzeit konsequenterweise in Religionsfreiheit für alle mündet.

Fragt man nach den theologischen Grundlagen für diese Entwicklung, kommt man auf die so genannte Zwei-Reiche-Lehre, die Luther im Anschluss an Augustinus entwickelt hat. Luther spricht ausdrücklich von zwei Reichen: einem weltlichen und einem geistlichen, die er klar voneinander abgrenzt.

Diese theologische Unterscheidung hat weitreichende politische Konsequenzen: Der Alleinvertretungsanspruch Roms als Definitionsmacht für Staat und Kirche gerät ins Wanken; Fürsten und Könige bekommen durch die Reformation eigene, von der Kirche unabhängige Aufgaben; umgekehrt wird die spezifische Aufgabe einer vom Staat unabhängigen Kirche klar heraus gearbeitet.

Aufgabe des Staates ist es nach der Confessio Augustana, „Leib und Gut gegen äußere Gewalt mit dem Schwert und mit irdischen Strafen zu schützen“ und für Frieden zu sorgen. Dies geschieht auf der Grundlage von Recht und Gesetz und durch den Gebrauch der Vernunft.

Dazu gehört auch, von weltlicher Seite her Glaubensfreiheit zu garantieren sowie die Freiheit der Kirche und anderer Religionen zu achten. Dies geschieht im modernen Rechtsstaat innerhalb der Grenzen der Verfassung. Nur so wird der Staat grundsätzlich dem Auftrag gerecht, alle seine Bürger und alle deren Überzeugungen gleichermaßen zu schützen.

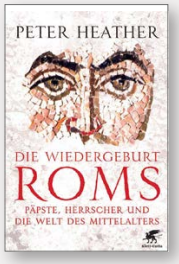
Verweigern Staat und Politik Glaubens- und Religionsfreiheit, setzen sie sich dem Verdacht aus, sich selbst an die Stelle der Kirchen setzen zu wollen, um Bürger ideologisch oder weltanschaulich zu manipulieren. Damit überschreiten sie aber nach reformatorischer Theologie unzulässigerweise eine wichtige Grenze. Diese Grenzziehung gegenüber staatlicher Macht ist auch heute von entscheidender Bedeutung. Denn sie verhindert einen wie auch immer gearteten Führerstaat mit allmächtigen Zügen, der beansprucht, Endlösungen für die Menschheit zu vollbringen.

Aufgabe der Kirche ist es nach der Confessio Augustana, „das Evangelium zu predigen, Sünden zu vergeben..., die Sakramente zu reichen..., die Lehre, die dem Evangelium zuwider ist, zu verwerfen“. Dies geschieht allein auf der Grundlage des Wortes.

So sehr die Freiheit der Kirche vom Staat zu achten ist, so sehr hat die Kirche auch die Freiheit des Staates zu achten. Durch diese Grenzziehungen und Aufgabenbeschreibungen könnte nun der Eindruck entstehen, Kirche und Staat stünden sich wie zwei Reiche gegenüber, die nichts miteinander →

In zwei Jahren schaut die Welt auf die kleine Stadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt: 2017 jährt sich zum 500. Mal der Thesenanschlag von die Schlosskirche, der zum Auslöser der Reformation und der Kirchenspaltung wurde.

Die Dekade zum Luther-Jubiläum ist gegliedert in Themenjahre. Dieses Jahr ist, Bild und Bibel“ gewidmet, 2016, dem letzten Jahr vor dem Jubiläum, stehen „Reformation und die Eine Welt“ im Mittelpunkt. Dabei sollen die „globalen Prägkräfte“ der Reformation im Vordergrund stehen.



Nährboden für Luthers Zorn

Je näher 2017 rückt, desto mehr wird über Martin Luther und dessen Reformation gesprochen. Diesen großen Umbruch besser zu verstehen, hilft der Londoner Historiker Peter Heather. In einem großen Epos beschreibt er, wie das römische Imperium von Papsttum beerbt wurde, in welche Orgien von Macht und Maßlosigkeit es sich verstieg und damit unfreiwillig den Nährboden schuf, auf dem der Zorn eines deutschen Mönches das System zum Wanken bringen konnte.

Peter Heather: **Die Wiedergeburt Roms** – Päpste, Herrscher und die Welt des Mittelalters. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, 544 S., 32,95 €

Foto: Luther2017

Unter dem Motto „Am Anfang war das Wort“ bereitet sich die evangelische Kirche Ein Jahrzehnt lang auf das Luther-Jahr 2017 vor. Hier das Motto als Installation aus Bücherregalen.

zu tun haben und auch nichts miteinander zu tun haben sollen.

Doch dies ist weit gefehlt. Anders als in dem durch die Aufklärung geprägten französischen Modell eines laizistischen Staates, legen die Reformatoren großen Wert darauf, dass eine von staatlicher Bevormundung freie Kirche und ein von kirchlicher Bevormundung freier Staat einander zuhören und sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen.

Theologisch ist dies darin begründet, dass beide Reiche, obwohl sie voneinander unterschieden, dennoch in zweifacher Weise bleibend aufeinander bezogen sind: Erstens durch Gott selber, denn in ihm gründen beide Reiche und er übt seine Herrschaft weltlich durch staatliche Ämter und geistlich durch das Predigtamt aus. Zweitens durch den Menschen: Denn er gehört als Weltperson und Christperson gleichzeitig beiden Reichen an und hat in beiden Verantwortung vor Gott und den Menschen, wie wir das heute ausdrücken würden.

Damit ist deutlich: Staat und Kirche finden bei Luther nicht institutionell, sondern personell durch Gott und Mensch, zu ihrer Einheit. Denn Gott und Mensch werden, je auf ihre Weise, in den unterschiedenen Reichen, in Kirche und Staat, wirksam.

Dabei kann Luther durchaus auch zu politisch deutlichen Worten kommen. So konnte er ohne mit der Wimper zu zucken gegen das Zinsnehmen predigen und in Freiheit sagen, dass man auch den Fuggern mal Zügel ins Maul legen müsse. Auch warnt er vor Duckmäusertum, wenn er sagt: „Das sind die faulen und unnützen Prediger, die eben Fürsten und Herren ihre Laster nicht sagen und strafen“.

Daran kann man sehen, was reformatorische Theologie unter einer freien Kirche in einem freien Staat versteht: Die Kirche nimmt unter ethischen Gesichtspunkten zu aktuellen Tagesfragen Stellung. Dies geschieht in der Freiheit des Wortes. Sie hat aber keine Macht, ihr Wort politisch durchzusetzen. Dies bleibt freie Entscheidung des Staates. Die Beziehung zwischen Staat und Kirche ist also frei von gegenseitiger Bevormundung, setzt aber auf gegenseitiges Hören und Dialog.

Ich bin überzeugt: Von der lutherischen Unterscheidung zwischen Staat und Kirche und ihren differenzierten Beziehungen zueinander, wie sie sich im Lauf der Geschichte in Deutschland herausgebildet haben, profitieren Staat und Kirche bis heute. Denn der freiheitliche, säkulare Staat beruht auf Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Umgekehrt erkennen wir als Kirchen an, dass wir im demokratischen Rechtsstaat wohl auch die besten Möglichkeiten zur Entfaltung unserer Arbeit haben. Wir leben nicht von ihm, aber gerne in ihm, weil deutlich ist: Trotz klarer Unterscheidung profitiert die Kirche von einem vernünftig regierenden Staat und der Staat von einer das Wort Gottes lauter und rein predigenden Kirche.

An diese Türe hat Luther keine Thesen angeschlagen: 1858 stiftete Preußen-König Friedrich Wilhelm IV: die bronzene Thesentüre für die Wittenberger Schloss- und Universitätskirche.

Die Politik und der Staat tun also sehr gut daran, im eigenen Interesse zu feiern, dass wir heute – insbesondere dank der Reformation – ein System in Deutschland haben, das völlige Religions- und Meinungsfreiheit garantiert, in dem aber eine geordnete Kooperation der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte zum Wohl der Menschen garantiert ist – auch eine Kooperation mit den Kirchen.

Dies ist Anlass genug, so meine ich, das Reformationsjubiläum 2017 gemeinsam zu feiern. ▲

Dr. Johannes Friedrich, 1948 in Bielefeld geboren, war von 1999 bis 2011 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Der obige Beitrag ist einem Vortrag entnommen, den Dr. Friedrich beim Peutinger-Collegium gehalten hat.

Drei „heilige Könige“ aus dem Bayernland

Manche sagen schelmisch: „Jetzt kommen die Heiligen Drei Könige aus dem Bayernland.“ Und da ist etwas Wahres dran, wenn auch das Heilige ein wenig übertrieben, ihnen allerdings nicht ganz fremd ist. Auch gekrönt sind sie nicht, aber dennoch eine Art Herrscher in ihrer Glaubensgemeinschaft. Alle drei kommen aus Bayern und wurden 2014 in ihr hohes Amt gewählt: Kardinal Reinhard Marx, der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Heinrich Bedford-Strohm, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, und der Würzburger Internist Josef Schuster, seit Dezember Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Wer sind die Männer, die von Bayern aus Millionen Gläubige in ganz Deutschland vertreten?

Bild: EKD/vonwegener.de

Bild: Andreas Kneitz

Der Macher

Imponierend wie seine Leibesfülle, ist auch die Zahl seiner Ämter: Erzbischof von München und Freising, Vorsitzender der bayerischen Bischofskonferenz, Großkanzler der katholischen Universität Eichstätt, Präsident der EU-Bischofskommission, Mitglied des achtköpfigen Kardinalsrates, den Papst Franziskus in Rom als sein wichtigstes Beratergremium um sich geschart hat. Und seit knapp einem Jahr Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz. Die Machtfülle von Kardinal Reinhard Marx ist beeindruckend. Doch von der Last der Multi-Verantwortung lässt sich der 61-Jährige nicht beschweren: „Ich liebe das Leben, weil es ein kostbares Geschenk ist, das uns Gott gegeben hat.“ Als der gebürtige Westfale 2007 von Trier auf den Münchner Bischofsstuhl wechselte, bekam die Lebensfreude eine neue Qualität. Reinhard Marx macht keinen Hehl daraus, wie wohl er sich im barocken Oberbayern fühlt, samt Ehrenmitgliedschaft bei den Gebirgsschützen. Er verschmäht weder Bier noch Weißwürste und gönnt sich auch gern eine Zigarre. Doch so leutselig und nahbar er ist, so streng ist er in seinen Ämtern. Wie kein Zweiter hat er rigoros den Missbrauchsskandal aufgeklärt, hat die Abberufung des Augsburger Bischof Mixa betrieben und im eigenen Bistum eine Reform begonnen, die ihm manche Kritik eingebracht hat. Marx ist ein Macher und gilt als konservativ und ein wenig stur. Und ohne Zögern kritisiert er auch die Flüchtlingspolitik der CSU.

Der Doppelte

Es war wie ein Stoßgebet der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), als sie im November in Dresden den bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm zu ihrem neuen Ratsrepräsentanten wählte: Der 54-jährige Theologieprofessor möge die höchste Vertretung von 23,4 Millionen Protestanten aus der Krise führen. Und in der Tat verfügt der gebürtige Memminger über so besondere Fähigkeiten, dass selbst die FAZ ins Schwärmen gerät und in ihm gleich zwei Personen in einer identifiziert: Der eine sei „intellektuell, fleißig und rhetorisch begabt“ wie der jedoch unnahbare Wolfgang Huber, Amtsvorvorvorgänger, Mentor und Doktorvater. Der andere trete „zugänglich, freundlich und ausgleichend“ auf, wie Amtsvorgänger Nikolaus Schneider, der ehemalige Stahlarbeiterpastor. Bedford-Strohm (der erste Namensteil stammt von seiner amerikanischen Frau) ist ein politischer Theologe (seine SPD-Mitgliedschaft ruht), der die Weihnachtsnacht mit Flüchtlingen verbringt („Eindrucksvolle Persönlichkeiten, für die ich mir mehr Aufmerksamkeit wünsche“) und der an die irakische IS-Front reist (und zum Erschrecken mancher mehr Waffen für die Peschmerga fordert). Als liberal, weltoffen, kommunikativ und ökumenisch wird er beschreiben. Bald schon wird die gesamte protestantische Welt auf ihn schauen: Wenn Bedford-Strohm 2017 religiöser Gastgeber für das 500. Reformationsjubiläum in Wittenberg sein wird.

Der Stille

Seine Familie kann auf eine über 450-jährige Geschichte im unterfränkischen Bad Brückenau zurückblicken, geboren aber wurde Josef Schuster 1954 in Haifa: Großeltern und Eltern hatten vor dem Nazi-Terror gerade noch nach Palästina flüchten können. Er war zwei, als die Familie nach Würzburg zurückkehrte. Sein Vater David baute die jüdische Gemeinde auf und eröffnete wieder eine Synagoge. Sein Sohn Josef setzte des Vaters Arbeit fort, wurde erst Repräsentant der Juden in Bayern und seit 1. Dezember 2014 aller 101.300 Juden in Deutschland. Er gilt als unaufgeregt, aber bestimmt. Schuster pflegt den Dialog mit anderen Religionen: „Gespräche auf Augenhöhe, wobei alle Religionen ihren Alleinvertretungsanspruch verlassen müssen.“ Sein Wunsch: Im Erkennen der gemeinsamen ethischen Werte respektvoll miteinander umzugehen. Im Gespräch mit muslimischen Verbänden erhofft er sich die Chance, radikalisierte und antisemitisch geprägte Jugendliche positiv zu beeinflussen. Schuster will seine Arztpraxis auch im neuen Ehrenamt fortsetzen. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsen Kinder. Wenn Politiker oder auch wohlmeinende Mitbürger vom Verhältnis zwischen Juden und Deutschen sprechen, fühlt er sich falsch verstanden: „Ich wünsche mir, dass die Menschen verstehen, dass ich zwar eine andere Religion habe, als Jude aber genauso Deutscher bin.“

Texte: Peter Schmalz

Kurz gemeldet

Jugend liebt Bayern

Wie fühlen die Bayern? Dass sie nach dem jüngsten Bayern-Trend der CSU mit 46 Prozent einen komfortablen Vorsprung von acht Prozent vor allen Oppositionsparteien zusammen geben, war schon bekannt, als Meinungsforscher Matthias Jung vom Institut Forschungsgruppe Wahlen bei der Klausur der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth aktuelle Zahlen zur weißblauen Befindlichkeit präsentierte. Mit erstaunlichen Ergebnissen. So fühlen sich 68 Prozent der 1.440 Befragten mit Bayern stark verbunden, bei Deutschland sinkt der Wert auf 61, bei Europa sogar auf 32. Die höchste Bayern-Verbundenheit empfinden mit 70 Prozent die bis 29-Jährigen. Auch das Vertrauen in bayerische Schulen ist bei dieser Gruppe sehr hoch (65). Das höchste Ansehen aller staatlichen Einrichtungen genießt jedoch die Polizei mit 82 Prozent. Und dass die Finanzbehörden mit 47 Prozent hinten liegen, hat wohl mehr mit der Materie als mit dem Personal zu tun. Insgesamt waren 80 Prozent mit ihrem letzten Behörden-Kontakt zufrieden, allerdings wollen 94 Prozent über politische Entscheidungen besser informiert und 84 Prozent stärker beteiligt werden. ■

Von Kaiser zu Kaiser

Nach der erfolgreichen Landesaustellung 2014 „Ludwig der Bayer – Wir sind Kaiser“ in Regensburg mit 140.000 Besuchern, lockt das Haus der Bayerischen Geschichte in diesem Jahr unter dem Titel „Napoleon und Bayern“ nach Ingolstadt. Anlass ist die Niederlage des Franzosen-Kaisers bei Waterloo vor 200 Jahren, die noch im gleichen Jahr zu Abdankung und Verbannung nach St-Helena führte. Gründe für die neue Kaiser-Ausstellung gibt es viele: Bayern verdankt Napoleon die Königskrone, ein zusammenhängendes Territorium und eine fortschrittliche Verfassung. Allerdings mussten dafür 30.000 bayerische Soldaten 1812 an der Seite der französischen Armee nach Russland ziehen, von wo nur wenige zurückgekehrt sind. Ein gerade noch rechtzeitiger Wechsel zu den Napoleon-Gegnern sicherte Bayern nach dessen Sturz Krone und Staatsgebiet. Schauplatz der Ausstellung (30. April bis 31. Oktober) ist das Bayerische Armeemuseum in der einstigen Landesfestung Ingolstadt. ■

Freistaat wächst weiter

Bayern ist weiterhin das attraktivste deutsche Bundesland. Allein 2013 sind fast 98.000 Menschen mehr nach Bayern zu- als weggezogen. Weil aber mehr gestorben sind (126.903) als geboren wurden (109.562) wuchs die Einwohnerzahl „nur“ um 85.000. „Eine enorme Herausforderung für unseren Wohnungsmarkt“, betonte Innenminister Joachim Hermann bei der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2014, für das 173.000 Daten ausgewertet wurden. Wird auch noch mehr gestorben als geboren, so zeigt sich bei den Geburten eine erfreuliche Tendenz nach oben: Ihre Zahl stieg in Jahresfrist um 2,4 Prozent. Gewachsen ist auch Bayerns Wirtschaft, allein im ersten Halbjahr 2014 um 2,3 Prozent und damit um ein Prozent mehr als im Vorjahr und deutlich über dem deutschlandweiten Wert von 1,7. In Deutschland am niedrigsten lag dagegen die Arbeitslosenquote. „Im November hatten wir 3,4 Prozent gegenüber dem Bundeswert von 6,3.“ ■

Das Ohr lauscht gern

Die Zeiten, als Zeitung, Radio und Fernsehen das Feld der Information abdeckten, sind unwiederbringlich vorbei. Die fortschreitende Digitalisierung fragmentiert das Kommunikationsangebot in immer kleinere Teile, zu denen auch die sozialen Netzwerke zählen. Mit der Folge, dass auch das Meinungsbild in der Bevölkerung zunehmend zerklüftet ist. Der erste Medienmonitor, den die Bayerische Landesanstalt für neue Medien veröffentlichte, zeigt, wie stark sich in nur vier Jahren (2009 – 2013) die Bedeutung unterschiedlicher Medien auf die Meinungsbildung verändert hat. Das Internet als großer Gewinner mit einem Zuwachs von 5,5 Prozent erstaunt ebenso wenig wie die Zeitungen als Verlierer (minus 3,4). Auch das Fernsehen muss einen Schwund (minus 2,5) hinnehmen, während das Radio erstaunlicherweise um 1,2 Prozent zulegt. „Das Radio“, freut sich der Privatfunk-Anbieter Torsten Götz (Antenne Bayern, Studio Gong), „hat auch im digitalen Zeitalter eine große Reichweite und eine hohe Breitenwirkung.“ ■

Aufgemerkt:

„Muslime, die unsere Werte anerkennen, gehören zu Deutschland, aber der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ *Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags.* ■

Schwerelos

Rokoko-Wunder in der Münchner Kunsthalle

Die Pausbäckchen gerötet und den Kindermund leicht geöffnet, blickt der kleine Indianer andächtig gen Himmel. Ein goldenes Tüchlein bedeckt den nackten Babyspeck nur spärlich, in der Hand hält der Kleine eine geöffnete Muschel, aus der Wasser rinnt.

Der Putto hat ein stolzes Alter von 270 Jahren und ist von seinem Stammplatz, der Pfarrkirche von Rottenbuch, für einige Monate entschwebt nach München, wo er gemeinsam mit weiteren 150 Heiligen und Engeln, mit Gemarterten und Gelobten Teil einer einzigartigen Präsentation ist, wie sie für lange Zeit nicht mehr möglich sein wird: Für die Rokoko-Ausstellung „Mit Leib und Seele“ ist es der Münchner Hypo-Kunsthalle gelungen, Werke der großen bayerischen Bildhauer aus dem 18. Jahrhundert zu vereinen. Darunter die drei Münchner Rokoko-Stars Egid Quirin Asam, Johann Baptist Straub und Ignatz Günther. Deren Wohnhäuser wundersamerweise in der Altstadt noch vorhanden sind.

© Diözesanmuseum Freising, Foto: Thomas Dashuber

Wundersam ist auch das Dargebotene. Von „Pathos und Lebensnähe“ spricht die Kuratorin Ariane Mensger und schwärmt von der „bestechenden spielerischen Leichtigkeit“. Da schwebt federleicht Straubs Gloria-Engel aus dem Marienmünster von Dießen, dort lässt Ignatz Günther einen Putto mit dem Kardinalshut spielen. Bei Bustelli kuschelt sich ein junger Mann schlafend in eine Rocaille und spürt nicht den sehnsüchtigen Blick der Schäferin. Überlebensgroße Heiligenfiguren haben seit 250 Jahren erstmals ihren Kirchenplatz verlassen, und auf den staunenden Betrachter wirken sie lebendiger als im ohnehin überdekorierten Gotteshaus.

Ein glücklicher Umstand hat diese Ausstellung erst möglich gemacht: Das Freisinger Diözesanmuseum ist wegen Renovierung geschlossen und hat seine besten Schätze ausgeliehen. Auch das Freisinger Neustift wird saniert und stellt vier Günther-Figuren zur Verfügung, die sich seit einem Viertel Jahrhundert nicht bewegt hatten. Und dort wären sie sicher auch geblieben, gibt Diözesanmuseum-Direktor Christoph Kürzeder zu, „hätte die Kunsthalle nicht ihre Renovierung zugesagt“.

Der kleine Indianer aus Rottenbuch mit seinen drei bunten Federn im Haar ist eigentlich eine Verwechslung. Bildhauer Franz Xaver Schmädl wollte damit an die Missionstätigkeit des Heiligen Franz Xaver in Indien und Japan erinnern, das Wasser aus der Muschel symbolisiert dessen viele Taufen in fremden Ländern. Schon Kolumbus war sich mit Indien und Indianern auch nicht ganz so sicher gewesen. ▲ P.S.

Mit Leib und Seele – Münchner Rokoko von Asam bis Günther, Kunsthalle München, bis 12.4.2015. Eintritt 12 €, Katalog 35 €.

© Diözesanmuseum Freising, Foto: Thomas Dashuber

Auf einem Wolkensockel lässt Ignaz Günther die jungfräuliche Maria Immaculata schweben (oben).

Indianer mit Babyspeck: Ein Rokoko-Putto von Franz Xaver Schmädl (unten links).

Die „Rocaille“ gab dem Rokoko den Namen, wurde in Paris erfunden und bereits 1735 in München verwendet. Wie nirgends sonst prägte das Rokoko in den darauffolgenden Jahrzehnten vor allem die Kirchenkunst in Bayern.

Neue Netzwerke

Erfolgreiches Mentoringprogramm der Jungen Peutinger

Erfahrend und Vernetzt trifft auf Jung und Aufstrebend. Der Überzeugung von Konrad Peutinger entsprechend, der schon im 15. Jahrhundert wusste, wie wichtig die Ausbildung und Förderung junger Leute ist, startete am 1. Dezember letzten Jahres das neue Mentoring Programm des Peutinger-Collegiums, das bereits seit zwei Jahren gemeinsam mit der Hochschule für Philosophie erfolgreich durchgeführt wird.

Im Prinzip geht es um die Zusammenführung eines Studenten oder Absolventen der Hochschule für Philosophie mit einem Vertreter des Peutinger-Collegiums oder der Jungen Peutinger über die Dauer eines Jahres. In diesem Jahr unterstützt der Mentor mit seinen Erfahrungen und Beziehungen den Mentee und fördert dessen persönliche und professionelle Entwicklung. Dabei profitieren beide Seiten: der Mentee von Erfahrung und Netzwerk des Mentors und der Mentor von dem jugendlichen Blick auf Leben und Karriere. Nach Abschluss der Mentoringphase erhalten Mentees eine Mitgliedschaft bei den Jungen Peutingern und können so erste Erfahrungen sammeln über Arbeit und Wirken des Peutinger-Collegiums, das sich „gelebter Freiheit in sozialer Verantwortung“ verpflichtet hat.

Unter der Schirmherrschaft von Prof. Johannes Wallacher, dem Präsident der Hochschule für Philosophie, und Peutinger-Präsidiumsmitglied Christian Geissler, wurden während der Auftaktveranstaltung neue Mentees den Mentoren vorgestellt, der scheidende Mentoring Jahrgang berichtete über gesammelte Erfahrungen und einige neue und interessante Ideen, die in den dritten Mentoring-Jahrgang einfließen werden.

„Neben tiefen Einblicken in eine mir noch relativ fremde Arbeitswelt habe ich in meinem Mentor einen Ansprechpartner für grundlegende Entscheidungen in meinem Werdegang gefunden,“ berichtete ein Mentee aus dem Jahr 2012. „Und mir“, so ein Mentor „hat es große Freude bereitet, einem jungen Menschen in einer entscheidenden Phase seines Lebens zu unterstützen.“

An dieser Stelle möchten wir Junge Peutinger uns bedanken bei Mentoren und Mentees des scheidenden Jahrgangs und vor allem auch bei den Teilnehmern, die anschließend Junge Peutinger geworden sind. Gleichzeitig möchten wir unsere neuen Mentees und Mentoren des Jahrganges 2014/2015 herzlich begrüßen und Mitglieder des Peutinger-Collegiums schon jetzt motivieren, sich als Mentor für den Jahrgang 2016 zur Verfügung zu stellen. ▲

Runde der jungen Talente (v.li.): Robert Frank, Vorsitzender der Jungen Peutinger mit den neuen Mentees 2015 und des letzten Jahres: Michael Stehling, Maximilian Kapsner, Sinan von Sietencron, Cecile Huber, Johannes Ganslmeier, Alexander Braml und Dr. Vera Schanz.

Der Große Rat

Die Mitglieder des Großen Rates (v.li. 1. Reihe): Birgit Eibl, Stefan Rückgauer, Oliver Frank, Christine Gärtner, Michael Frank, Prof. Dr. Bernd Grottel, Dr. Klaus Leipold, Christian Geissler (neu gewählt), Ulrich Rothdauscher, (2. Reihe) Dr. Marcus D. Ernst, Alexander Grundner-Culemann, Dr. Klaus Gastroph, Andreas M. Harder, Robert Salzl, (3. Reihe) Egmont Ernst, Dr. Arnulf Brandstetter (ausgeschieden), Dr. Marcus Lingel. Nicht anwesend: Prof. Dr. Peter Lutz und Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Hof (neu gewählt).

Foto: Justa/München

Kunst am Kaffee

Kaffee ist viel mehr als die tägliche Tasse Wachmacher aus dem Vollautomaten. Das konnten Junge Peutinger erleben, als sie bei „chicco di caffè“ in Grünwald eingeweiht wurden in die Geheimnisse der braunen Bohnen. Da wurde geröstet und mit unterschiedlichen Methoden gefiltert. Duft und Geschmack verschiedener Kaffeesorten wurden getestet, zudem wurde eingeführt in die Kunst, Espresso und Latte Art zuzubereiten. Die Unterschiede zwischen Filter, French Press oder Stempelkanne wurden diskutiert, unterschiedliche Kaffepulver zubereitet und probiert. Hier galt es, Nuancen herauszufinden und einen persönlichen Favoriten zu bestimmen. Bei der Zubereitung der Espressi mit Hilfe einer Siebträgermaschine wurden die Phasen und mögliche Fehler in der Zubereitung einzeln vorgeführt und getestet. Dank gilt Peutinger-Präsidide Christian Geissler für die Organisation sowie Jörg und Christian von „chicco di caffè“ für einen lehrreichen Abend. ▲

Junge Peutinger 2015

April 2015: **Besuch NL Tesla mit Diskussion Verbandspräsident Elektro**

05. Mai 2015: **Managementraining bei Commax**

30. Juni - 03. Juli 2015: **Reise nach Berlin mit Besuch Bundestag und Ministerien**

Für „hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk“ verlieh Ministerpräsident Horst Seehofer den Bayerischen Verdienstorden an *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz. Bei einer Feierstunde im Antiquarium der Münchner Residenz wurden 53 neue Preisträger ausgezeichnet.

Neue Peutinger-Mitglieder

Dipl.-Kfm. Gerhard Köpf, Geschäftsführer, Köpf Immobilien

Dr. Ulrike Dambmann, Infos Institut für Organisationsforschung, Beratung/Forschung

Dr. Ulrich Gleissner, Managing Direktor, Dynamics Venture Capital Fund GmbH

Dr. Joachim Rauhut, Wacker Chemie AG, CFO

Gedankenflug in die Zukunft

Nur den wenigsten Unternehmen gelingt es, über Jahrzehnte hinweg wirtschaftliche Höchstleistungen zu liefern, urteilte der profilierte Marken- und Marketing-Kommunikator Professor Dr. Christian Blümelhuber von der Berliner Universität der Künste. Dazu muss das Unternehmen bereit sein, die Zukunft auf der Wissensbasis aus der Vergangenheit mit den Strategien von heute zu entwickeln. Außergewöhnlich war der Ort dieses Peutinger-Abends: Der Münchner Flughafen, wo Airport-Chef Dr. Michael Kerkloh und Marketing-Chef Michael Otremba das Peutinger-Collegium empfingen.

1

2

5

Musik als Antwort auf den Krieg

Nur wenige verbinden die Salzburger Festspiele mit dem Ersten Weltkrieg. Umso größer war das Interesse an dem Peutinger-Vortrag von Dr. Helga Rabl-Stadler, der erfolgreichen Festspiel-Präsidentin, im Bayerischen Hof. Die Festspiele, die sie augenzwinkernd „das Sommertheater der Münchner“ nannte, seien „die völkerverbindende Antwort auf diesen Krieg“. Gründer Max Reinhardt hoffte nach dem Ende des schrecklichen Krieges auf die „heilende Kraft der Kunst“. In seinem Schlusswort erzählte der Dirigent und Komponist Pierre-Dominique Ponnelle eindrucksvoll und unterhaltsam aus dem Leben von Herbert von Karajan. Er war Schüler bei dem großen Meister, sein Vater, der weltberühmte Regisseur Jean-Pierre Ponnelle, hatte in Salzburg bejubelte Opern-Abende inszeniert.

1

2

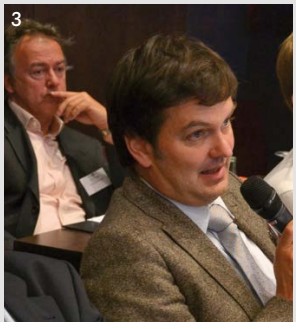
5

6

Energiewende auf Sicht

Das Thema der großen Energie-Konferenz der Peutinger-Collegiums hat Organisator Michael Funke einprägsam formuliert: „Energie – unsere gemeinsame Verantwortung.“ Doch das, so zeigte die Tagung im Hotel Vier Jahreszeiten, ist leichter gesagt als getan. Ob Windkraft oder Stromtrassen, ob Ausbau der Wasserkraft oder CO_2-Speicherung: Zu jedem einzelnen Punkt gibt es Für und Wider. Und sind sich die Experten einig, dann äußern die Bürger Sorgen und drohen mit Protest. Die Energiewende sei unerprobt, meinte der CSU-Landtagsabgeordnete Markus Blume: „Wir fahren auf Sicht“. Deshalb sollte man es den Sachverständigen überlassen, einen Masterplan zu erstellen, gab Rhein-Main-Donau-Vorstand Dr. Albrecht Schleich zu bedenken.

1


3

4

„Über Jahrzehnte erfolgreich sind nur Unternehmen, die sich den Herausforderungen des Wandels stellen“: Dr. Christian Blümelhuber, Professor für strategische Unternehmenskommunikation an der Universität der Künste in Berlin (Bild 1).

Im Bus auf der Fahrt zu einem erlebnisreichen Abend auf dem Münchner Franz-Josef-Strauß-Flughafen (Bild 2).

Flughafen-Geschäftsführer Dr. Michael Kerkloh kann stolz sein auf das Münchner Tor zu Welt. Sein Airport liegt bei weltweiten Rankings auf Platz 3, in Europa steht er seit Jahren auf dem ersten Platz. Hier begegnen sich täglich über zehntausend Menschen aus aller Welt (Bild 3).

Peutinger-Präsidiale Robert Salzl, ehemaliger Chefpilot der Lufthansa, und Dr. Markus Lingel, Chef der Merkur Bank (Bild 4).

Ein Abend an einem besonderen Ort: Peutinger-Präsident Dr. Bernd Grottel begrüßt im „Marken-Raum“ des Airport-Centers zum Vortrag über das „Spiel mit der Zukunft“ (Bild 5).

„Wir sind das Sommertheater der Münchner“: Dr. Helga Rabl-Stadler, Präsidentin der Salzburger Festspiele (Bild 1).

Sponsert die Salzburger Festspiele und half auch, den Peutinger-Abend zu gestalten: Sebastian Wieser, Kulturreferent der AUDI AG (Bild 2).

Christian Kohlhof, Geschäftsführer chicco di caffé GmbH, und Präsidiumsmitglied Christian Geissler, Commax Consulting GmbH (Bild 3).

Erinnerte in seinem Schlusswort an den großen Dirigenten Herbert von Karajan: Karajan-Schüler und Komponist Pierre-Dominique Ponnelle, Schauspielerin Franziska Bronnen und *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz (Bild 4).

Daniela Philippi, Regierungssprecherin der Bayerischen Staatskanzlei (Bild 5).

Peter Vermeij, Generalkonsul der Niederlande (Bild 6).

Dr. Arnulf Brandstetter, Vorstandsvorsitzender a.D. und viele Jahre Mitglied des Großen Rates (Bild 7).

Mathis Broelmann, Junge Peutinger, Dr. Ing. Joachim Dressler und Dipl.-Ing. Florian Dressler, Gesellschafter der Dressler Bauplanung und Projektsteuerung GmbH, sowie Tiziano Frau, Mono Asset Management GmbH (Bild 8).

Mehr über die Salzburger Festspiele auf den Seiten 24 - 25.

Große Podiumsdiskussion im Konferenzsaal des Münchner Hotels Vier Jahreszeiten: Dieter Gerlach, Geschäftsführer der Aschaffenburger Versorgungs-GmbH, Gregor Schiffer, von der FutureManagementGroup AG, Bernd Eirich, Leiter Beschaffung Wärme, Energie- und Medienkostenoptimierung von der DB Energy GmbH, Diskussionsleiter und Konferenz-Organisator Michael Funke, Dr. Markus Ewert, Forschungs- und Entwicklungsleiter der Imtech Deutschland GmbH & Co. KG, Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, und Markus Blume, Landtagsabgeordneter und Leiter der CSU-Wirtschaftskommission (Bild 1).

Diskussion in der Kaffeepause: Peutinger-Präsident Dr. Bernd Grottel, Dr. Bernhard Heye, Vorstandssprecher der Bank Vontobel Europe, und Peutinger-Präsidiumsmitglied Robert Salzl (Bild 2).

Prof. Dr.-Ing. Oliver Falk vom Lehrstuhl Management für erneuerbare Energie an der Hochschule Weihenstephan (Bild 3).

Jörg zu Dohna, Geschäftsführender Gesellschafter der geoKOAX GmbH, Rechtsanwalt Sascha Kampf, hph Halmburger & Kampf, Dr. Achim Schubert, Geschäftsführer der Erdwerk GmbH (Bild 4).

„Bei dieser Tagung haben wir mehr gelernt, als bei manchen Seminaren“: Studenten der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (Bild 5).

Mehr über die Energiekonferenz auf den Seiten 22 - 23.

Foto: Justa/München

Freiheit in der Unfreiheit

Die Wahl ist unumstritten: Von einer „ins Magische spielenden Sprache“ schwärmte die Jury des Deutschen Buchpreises über den Preisträger Lutz Seiler. Sein Hiddensee-Roman „Kruso“ ist zweifellos das Buch des Jahres 2014, in dem Deutschland des Mauerfalls vor 25 Jahren gedachte. Da war viel von Freiheit die Rede. Seilers Roman ist die intensiv-packende Beschreibung einer besonderen Art der Freiheit: Der erträumten Freiheit derer, die der Unfreiheit der DDR entfliehen wollten, ohne zu flüchten. „Wer hier war, hatte das Land verlassen, ohne die Grenze zu überqueren“, ist der Schlüsselsatz des Romans, der im Sommer 1989 spielt und in surreal-plastischen Szenen eine subkulturelle Realität der verwesenden DDR beschreibt: Schiffbrüchige des realen Sozialismus stranden auf der Ferieninsel Hiddensee, von wo wirkliche Freiheit auf der dänischen Insel Mön lockt. Aber nur wenige versuchen sich an der meist tödlichen Distanz von 50 Kilometern zu den sichtbaren Kreidefelsen. Die meisten bleiben, wie der heimliche Insel-Chef Kruso und der Neuankömmling Ed, der seine Flucht als Abwäscher im legendären Gasthaus „Klausner“ beendet.

Lutz Seiler: **Kruso.** Roman, Suhrkamp Verlag, Berlin, 484 Seiten, 22,95 €

Friedensprojekt in Gefahr

Der Fall der Mauer kam überraschend, und in den folgenden Monaten nutzte Helmut Kohl mit untrüglichem Gespür für historische Momente beherzt die Chance, das Vaterland innerhalb einer Jahresfrist zu einen. Seine Erinnerungen über den Weg „Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung“ legt er nun zum 25. Jahrestag vor (Droemer Verlag, 11.99 €). Sein zweites großes Lebenswerk, an dem er Jahrzehnte gearbeitet hat, ist das vereinte Europa in Frieden und Freiheit. Das Bild, auf dem sich Helmut Kohl und Francois Mitterand auf dem Friedhof von Verdun die Hand reichen, gehört zu den europäischen Ikonen. Dieses Friedensprojekt sieht er in Gefahr, und die beschämende Wahlbeteiligung bei der Europawahl im vergangenen Jahr mindert diese Sorge nicht. Der Ehrenbürger Europas will mit seinem leidenschaftlichen Appell aufrütteln, benennt Fehler aus wahltaktischen Gründen und mahnt mehr Verantwortung der handelnden Personen an. Europa müsse wieder eine Herzensangelegenheit der Menschen werden, denn „unsere Zukunft heißt Europa“.

Helmut Kohl: **Aus Sorge um Europa.** Ein Appell. Droemer Verlag, München, 120 Seiten, 12,99 €

Neuköllner Brennglas

Sein Buch ist kurz vor dem Anschwellen der Pegida-Demonstrationen und vor den Pariser Anschlägen erschienen. Beides gibt den Mahnungen des Neuköllner SPD-Bürgermeisters eine besondere Aktualität. Heinz Buschkowsky sympathisiert nicht mit den stummen Demo-Läufern in Dresden, aber auch ihn bewegt die Sorge vor einer schleichenden Veränderung der Gesellschaft. Neukölln ist nicht überall, wie Buschkowsky mit seinem ersten Bestseller vor zwei Jahren suggerierte, aber dieser Berliner Problembezirk (320.000 Einwohner, 41,6 Prozent Ausländeranteil) zeigt im Brennglas, wie eine muslimisch geprägte Parallelgesellschaft entsteht, die sich zunehmend abschottet gegen die auf Toleranz, Recht und Respekt beruhende Demokratie. Die Mahnungen des engagierten Kommunalpolitiker vorurteilsfrei zu lesen, kann mithelfen, anderswo Fehlentwicklungen zu verhindern. Doch dafür müsste man in Politik, Medien und weiten Teile der Gesellschaft bereit sein, nicht jeden Mahner gleich als islamophob zu diffamieren. Immerhin scheinen in den letzten Wochen die Chancen dafür gestiegen zu sein.

Heinz Buschkowsky: **Die andere Gesellschaft.** Ullstein Verlag, Berlin, 288 Seiten, 19,99 €

Ein Krebs im Dirndl

Seine erste Bühne stand im Kindergarten, doch der Allgäuer Wolfgang Krebs mäanderte erst auf einem seriösen und durchaus erfolgreichen Berufsweg, ehe der Kabarettist in ihm zum Vorschein kam und sich seiner Person schließlich umfassend bemächtigte. Als Stoiber, Beckstein und Seehofer gibt er die parodistische Dreifaltigkeit der bayerischen Ministerpräsidenten, wobei sein Renner nach wie vor der durch Worte und Sätze stolpernde Stoiber ist. Was dem von politischer Ernsthaftigkeit durchdrungenen Original so gut gefällt, dass Stoiber selbst schon eine Laudatio auf sein so köstlich übertreibendes Double hielt. Nun sind köstliche Auszüge nachzulesen, verbunden mit heiteren Einblicken in das Werden von Figuren, die mit den Schwächen (und manchmal auch den Stärken) der realen Person so lange spielen, bis sich Original und Double unentwirrbar verbinden. Übrigens: Für die Zeit nach Seehofer hat Wolfgang Krebs schon einige Kandidaten im Blick. Selbstverständlich auch Ilse Aigner. Die übt er bereits und wird sie im Dirndl schon bald erstmals auf die Bühne bringen. Angela Merkel hat er schließlich auch in Repertoire.

Wolfgang Krebs: **Nur Bayern im Kopf**. Rosenheimer Verlagshaus, Rosenheim, 272 Seiten, 16,95 €

Veranstaltungen 2015

Donnerstag, 12. Februar 2015
Michael Hange
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Donnerstag, 26. Februar 2015
Wolfgang Marzin
Vorsitzender Geschäftsführer der Messe Frankfurt

Donnerstag, 12. März 2015
Dr. Friedrich Merz
Rechtsanwalt, Manager und CDU-Politiker

Donnerstag, 16. April 2015
Dr. Christine Bortenlänger
Geschäftsführender Vorstand beim Deutschen Aktieninstitut, Frankfurt/Main

Mittwoch, 06. Mai 2015
Dr. Wolfgang Bosbach
CDU-Poliker, MdB

Dienstag, 09. Juni 2015
Dr. Paul Achleitner
Aufsichtsratsvorsitzender Deutsche Bank

Mittwoch, 15. Juli 2015
Prof. Rupert Stadler
Vorstandsvorsitzender AUDI AG

Montag 26. Juli 2015
Prof. Dr. Gerhard Haszprunar
Generaldirektor Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns, Direktor der Zoologischen Staatssammlung München

Peutinger-Symposium „Made in Germany“
(voraussichtlich im September)

Mittwoch, 14. Oktober 2015
550 Jahre Konrad Peutinger
Festakt

Mittwoch 28. Oktober 2015
Energiekonferenz

Großer Rat und Convent (Jahresmitgliederversammlung)
(Termin steht noch nicht fest)

Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage www.peutinger-collegium.de beachten!

Impressum

Der Peutinger
Bayerischer Monatsspiegel

Magazin für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Redaktion
Peter Schmalz (Chefredakteur)
Thomas Breitenfellner
Michael Weiser
Farchanter Straße 35
81377 München
peter.schmalz@gmx.net
Leserbriefe an die Redaktion

Herausgeber
Peutinger-Collegium e.V.
Geschäftsstelle
c/o MERKUR BANK KGaA
Bayerstr. 33
80335 München
info@peutinger-collegium.de
www.peutinger-collegium.de

Gestaltung/Realisierung/ Anzeigen/Druckunterlagen
Herbert Schmid
HS Grafik- und Kommunikationsdesign
Vierkirchener Straße 2
85256 Vierkirchen/Giebing
hs.herbert.schmid@freenet.de

Druck
REPRODUKT digital GmbH
Stahlgruberring 20
81829 München

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Hier kommt Pep in Ihr Business 2015

www.nuernbergmesse.de/termine

akademika*	12.05.–13.05.
ALTENPFLEGE	24.03.–26.03.
AUTOMOTIVE ENGINEERING EXPO	09.06.–11.06.
Berufsbildung	07.12.–10.12.
BIOFACH°	11.02.–14.02.
BIOGAS Internationale Jahrestagung und Fachmesse (Bremen)	27.01.–29.01.
BrauBeviale	10.11.–12.11.
ConSozial	21.10.–22.10.
CO-REACH	24.06.–25.06.
E|DPC*	15.09.–16.09.
eltec	14.01.–16.01.
embedded world	24.02.–26.02.
Enforce Tac°	04.03.–05.03.
European Coatings Show	21.04.–23.04.
European Heat Pump Summit	20.10.–21.10.
evenord	10.10.–11.10.
FachPack	29.09.–01.10.
FeuerTRUTZ	18.02.–19.02.
HAARE	18.10.–19.10.
HOGA*	22.02.–25.02.
iENA*	29.10.–01.11.
Insight-X°*	08.10.–11.10.
Internationaler Hörgeräteakustiker-Kongress*	14.10.–16.10.
it-sa – Die IT-Security Messe und Kongress	06.10.–08.10.
IWA OutdoorClassics°	06.03.–09.03.
Kommunale	14.10.–15.10.
PADDLEexpo*	17.09.–19.09.
PCIM Europe*	19.05.–21.05.
SENSOR+TEST*	19.05.–21.05.
SMT Hybrid Packaging	05.05.–07.05.
Spielwarenmesse°*	28.01.–02.02.
SPS IPC Drives*	24.11.–26.11.
Stone+tec Nürnberg	13.05.–16.05.
VIVANESS°	11.02.–14.02.
Werkstätten:Messe	12.03.–15.03.

Auszug, alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
° Nur für Facheinkäufer mit Legitimation * Gastveranstaltung

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11. 8 60 60